

<b>Zeitschrift:</b>	Der Geschichtsfreund : Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz
<b>Herausgeber:</b>	Historischer Verein Zentralschweiz
<b>Band:</b>	81 (1926)
<b>Artikel:</b>	Franz Bernhard Meyer von Schauensee als Staatsmann und Zeuge seiner Zeit (1763-1848). Teil 2
<b>Autor:</b>	Dommann, Hans
<b>Kapitel:</b>	II: Von der Revolution zur Restauration : 1798-1803
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-117783">https://doi.org/10.5169/seals-117783</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **II. Von der Revolution zur Restauration**

(1798—1803.)

### **Der helvetische Justiz- und Polizeiminister und unitarische Politiker.**

#### **Die ministerielle Tätigkeit.**

Am 12. April 1798 wurde in Aarau von den versammelten Räten die neue repräsentative Demokratie der Einen und Unteilbaren Helvetischen Republik feierlich proklamiert. Damit begann die fünfjährige Wirksamkeit einer Staatsorganisation, die in ihrer Nachahmung des französischen Vorbildes, in ihrer schablonenhaften Zentralisation und in der Verleugnung der geschichtlichen und örtlichen Vorbedingungen weder die führenden Politiker selbst, noch viel weniger das Volk befriedigen konnte. Immerhin wollten die Reformfreunde die unter französischem Druck entstandene Verfassung als Form benutzen, um darein einen Inhalt nach ihrer Auffassung der nationalen Bedürfnisse zu gießen.

So stellte sich auch Franz Bernhard Meyer, als er am 23. April zum helvetischen Justiz- und Polizeiminister erkoren wurde, für den Neubau der Eidgenossenschaft zur Verfügung, im optimistischen Vertrauen auf die Zukunft des revolutionär gewordenen Staates. Die Berufung des fünfunddreißigjährigen Luzerner Patriziersohnes auf einen der wichtigsten Posten des neuen Zentralstaates hat ihre Motive wohl in seiner vielseitigen philosophischen Bildung, in seinen Beziehungen zu führenden Männern der Aufklärung in Frankreich und der Schweiz, in der entscheidenden Haltung bei der Umgestaltung in Luzern und in

seinen praktischen Kenntnissen der Staatsverwaltung. Die Wahl Meyers wurde von seinen Freunden, von denen Pfyffer und Legrand im Direktorium saßen, freudig begrüßt.<sup>1)</sup>

Als Justiz- und Polizeiminister im helvetischen Beamtstaate gehörte Meyer der zentralen Exekutive an, die vom Direktorium geleitet wurde. Der Minister war Vorbereitungs- und Vollziehungsorgan in seinem Departement. Eine scharfe Abgrenzung seiner Aufgaben und Befugnisse ist bei dieser Unterordnung unter das Direktorium und gegenüber den andern Departementen, besonders dem des Innern, nicht möglich. Das Organisationsgesetz für die Ministerien bezeichnete als wichtigste Aufgaben des Justiz- und Polizeiministers: die Aufsicht über die Zivil- und Kriminaljustizpflege, die allgemeine Sicherheitspolizei, die Beaufsichtigung der Zuchthäuser und Gefängnisse, der Vormundschaftsverwaltung, der Notarien, des Druckes und der Versendung der Gesetze und Beschlüsse, die Anzeige der Fälle, wo die Auslegung durch den gesetzgebenden Körper nötig wurde usw. Damit war dem jungen Staatsmann beim Beginn der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung, in einer Zeit der

---

<sup>1)</sup> Die eingehendere Darstellung von Meyers Wirken als helv. Minister und Politiker erscheint in der Zeitschrift für Schweiz. Gesch. VI. Jhg. 1926/27. Ich greife hier nur das heraus, was mir für die zusammenhängende Würdigung seines Lebenswerkes und seiner Persönlichkeit wichtig scheint. Auf die Quellennachweise verzichte ich und nenne nur als Hauptgrundlagen: die Aktensammlung aus der Zeit der Helvetik, von Strickler, ergänzt durch Originalakten und Protokollauszüge im Schweiz. Bundesarchiv in Bern, daneben Briefe Meyers an seine Frau im Familienarchiv Meyer und eine Reihe anderer Korrespondenzen; als grundlegende Darstellungen die von Oechsli (Gesch. der Schweiz im 19. Jahrh., Bd. I.), Dierauer (Bd. V 1), Hilty (Vorlesungen über die Helvetik) und die einschlägigen Biographien über Paul Usteri (Guggenbühl), Stapfer (Luginbühl), Rengger (Wydler, Flach, Dejung), Laharpe (Boethlingk) usw.; für die Rechtsverhältnisse die „Geschichte des neuern schweiz. Staatsrechts“ von E. His, Bd. I.

größten Spannung zwischen dem Staatsrecht der Aufklärung und Revolution und der geschichtlichen und nationalen Entwicklung der Schweiz eine überaus arbeitsreiche und schwierige Aufgabe übertragen; eine Aufgabe, die mehr auf Erhaltung und Sicherung der neuen Staatsordnung und ihre Anpassung an die bestehenden Verhältnisse, als auf schöpferische Tätigkeit ausging. Damit aber half Meyer auf seinem Posten auch manchen Fortschritt verwirklichen, der der Helvetik gutgeschrieben wird.

In den ersten Wochen seiner Amtstätigkeit leitete Meyer provisorisch — und später wiederholt stellvertretend — auch das Ministerium der Künste und Wissenschaften für Stapfer und das Ministerium des Äußern und des Krieges für Bégoz. Als provisorischer Außenminister trat er namentlich den Gewalttaten der französischen Kommissäre Rouhière und Rapinat entschieden entgegen und zog sich damit die Abneigung Rapinats zu, wie er anderseits für seine nationale Gesinnung Anerkennung fand.

Die Aufsicht über die Justizpflege griff bei der weitgehenden Kompetenz der Vollziehungsgewalt in den Rechtsgang vielfach kräftig ein, zumal die Aufgaben und die Geschäftsführung der gerichtlichen Instanzen — des obersten Gerichtshofes und der Kantons- und Distriktsgerichte — in der Verfassung nur ungenau umschrieben waren und vorerst weder ein helvetisches Kriminal-, noch ein Zivilgesetzbuch bestand. So galt es nun, das aus der Aufklärung und Revolution hervorgegangene Naturrecht gegenüber dem historischen und lokalen Rechte in zahlreichen Fällen zu erklären und anzuwenden. Erst am 4. Mai 1799 wurde ein „Peinliches Gesetzbuch“ für ganz Helvetien geschaffen, das eine Nachahmung des französischen Code pénal war. Das Zivilgesetzbuch blieb in den Vorbereitungen stecken. Zeitweise traten in den Wirrnissen dieser wildbewegten Zeit scharfe Kriegs- und Strafgesetze in Kraft. Für verschiedene Gesetze über

Milderung des Strafgesetzbuches, Einschränkung der Prangerstrafe, Beseitigung des Galgens, Strafverschärfung für entwichene Sträflinge, Herausgabe eines offiziellen Tagblattes der Gesetze usw. gab Minister Meyer die Anregung oder begutachtete sie. — Viele Aufgaben stellte die Gerichtsorganisation. Meyers Vorschläge dafür gediehen aber erst kurz vor dem föderalistischen Staatsstreich und seinem Rücktritt zu einem fertigen Entwurfe. Vorläufig suchte er in Eingaben an das Direktorium und in Instruktionen an die Gerichte den Rechtsgang im einzelnen praktisch zu regeln, wobei er allerdings nicht immer die Zustimmung der gesetzgebenden Organe fand, ja sogar der Verfassungsverletzung beschuldigt wurde, was am 3. März 1800 zu einem Rücktrittsversuche führte. Auch für die Verbesserung der niedern Justiz und Polizei legte er wiederholt Vorschläge vor. Er wünschte besonders die Einführung von Friedensrichtern zur raschen Bestrafung von Polizeidelikten. Trotz dieser Bemühungen des Ministers blieb aber manche empfindliche Lücke in der helvetischen Rechtsordnung.

Die neue Rechtsauffassung, die Meyer vertrat, widersprach übrigens in einigen Punkten derjenigen des Volkes und der katholischen Kirche. Die geistliche Immunität und Ehegerichtsbarkeit betrachtete er als aufgehoben durch die Verfassung und trat allen entgegengesetzten Tendenzen scharf entgegen. Seine Auffassung des rechtlichen Verhältnisses von Kirche und Staat legte er als provisorischer Kultusminister in einem weitläufigen Gutachten vom 26. Mai 1798 dar. Nach den Ideen Kants, Rousseaus und anderer Aufklärungsphilosophen betrachtete er Kirche und Staat als zwei selbständige „Gesellschaften“, die beide in ihren Bereich eingeschlossen werden müssen. Die „bürgerliche Gesellschaft“ aber habe das Recht der Kontrolle über die „religiöse“, damit diese nicht über ihre Grenzen hinausgehe. Der „religiösen Gesellschaft“ müsse die Wahl ihrer Funktionäre, die Admini-

stration des Kultus, die Polizei, Rechtsprechung, Finanzverwaltung überlassen werden. In den bezüglichen Vorschlägen wollte Meyer die Organisationsform für die „religiösen Gesellschaften“ nach dem Vorbilde der staatlichen Organisation bestimmen. — Diese Trennung von Kirche und Staat wurde aber in der Praxis nicht beobachtet. Die Helvetik führte das alte Staatskirchentum wieder ein; man denke an das Verbot der Novizenaufnahme, die Ausschließung der Geistlichen vom Stimmrecht, die Einziehung von Klostergut und eine Reihe anderer Maßnahmen.

Die Aufsicht über die Geschäftsführung der Gerichte war besonders schwierig zur Zeit des Ueberganges zur neuen Staatsordnung. In politischen Prozessen drang Minister Meyer auf möglichst rasche Erledigung, um den Grund zu Gärungen zu beseitigen; auch aus humanitären Gründen. Wiederholt empfahl er die Milderung von Gerichtsurteilen oder die Amnestie und verurteilte übertriebene Strenge oder Parteilichkeit, indem er nach eingehendem Aktenstudium für die Kassierung solcher Urteile, hie und da sogar für die Absetzung parteiischer Gerichte sorgte. — Im aufsehenerregenden Prozeß gegen die föderalistische Zürcher Interimsregierung zum Beispiel riet er mit seinen Parteifreunden zur Mäßigung und verurteilte damit auch die extreme Regierungsweise Laharpes und seiner revolutionären Anhänger. Er schlug vor dem ersten Staatsstreich eine Amnestie für die Angeklagten vor und bewirkte am Tage nach dem Staatsstreich die Haftentlassung der Mitglieder der Interimsregierungen von Zürich, Linth und Säntis. — Im Zusammenhang mit dem zweiten Staatsstreich vom 8. August 1800 verursachte der Prozeß Laharpe-Mousson große Aufregung. Meyer forderte das Kantonsgericht von Léman, dem er Unregelmäßigkeiten in diesem Prozesse vorwarf, zur Verantwortung auf. Dieses wandte sich an die gesetzgebenden Räte, welche seine Haltung guthießen. Am

17. Dezember aber wurde das Gericht auf des Justizministers Bericht hin abgesetzt und dann neu bestellt.

Mehr noch als die Aufsicht über die Rechtspflege beanspruchte die Aufmerksamkeit und Arbeitskraft des Ministers die allgemeine Sicherheitspolizei. Durch sie sah er in die Volksseele hinein, die durch den Bruch mit der Vergangenheit, durch den Ansturm der neuen Ideen und die daraus entstehende Beängstigung und Erbitterung bewegt war. Der Zwiespalt zwischen Ideal und Wirklichkeit mußte Meyer hier schon auffallen, wenn er auch als eigentlichen Grund dieses Zwiespaltes noch einseitig den Mangel an Aufklärung des Volkes, unrechte Vorurteile und falsche Interessen bezeichnete. In seiner polizeilichen Tätigkeit spiegelt sich das ganze Gewirr der Helvetik mit allen Schattenseiten wieder. Das Staatsinteresse war dabei oft mit dem Parteiinteresse verwickelt. Diese polizeiliche Aufsicht war umso schwieriger, als die Verfassung nur unklare Grundlagen dafür bot. Sie garantierte dem Sinne nach — zum Teil mit wesentlichen Vorbehalten — die Rechtsgleichheit, die Gewissens- und Kultusfreiheit, die Preßfreiheit, das Versammlungs- und Vereinsrecht, das Petitionsrecht, die Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit und stellte als wichtigste staatsbürgerliche Pflichten die Steuerpflicht und Wehrpflicht auf.

Minister Meyer faßte die Aufgaben einer guten Polizei so zusammen: Wesentlich ist die gute Aufsicht und unermüdliche Tätigkeit. Sie soll nicht schrecken, aber schützen, das Volk aufklären und zu freiwilliger Befolgung der Gesetze führen. — Um besonders das katholische Volk zu beruhigen, versicherte er immer wieder, die Regierung werde sich nicht in das Religiöse einmischen; doch fand diese Versicherung angesichts der verschiedenen Eingriffe in die kirchlichen Verhältnisse und in die Glaubens- und Gewissensfreiheit wenig Vertrauen. Die Geistlichen, die beim Volke Besorgnisse wegen der Reli-

gion äußerten, bezeichnete Meyer mit seinen aufgeklärten Gesinnungsgenossen als Feinde des Vaterlandes. Der geistlichen Immunität trat er scharf entgegen und wies die Statthalter an, auf dieses „Unding“ nicht im geringsten zu achten. Als der bischöfliche Kommissar Krauer in Luzern an dieser Immunität festhielt, wurde er zur Verantwortung gezogen; das Direktorium erwirkte vom liberalen Konstanzer Bischof Theodor von Dalberg die Ernennung des Wessenbergianers Thaddäus Müller. Selbst das Almosensammeln der Kapuziner betrachtete Meyer als eine Gefahr für die Ruhe des Volkes. Gegen die innerschweizerischen Geistlichen, die der neuen Staatsordnung mißtrauisch und selbst feindselig gegenüberstanden, ordnete er wiederholt sorgsame Ueberwachung und Untersuchung an.

Auch die Preßfreiheit, wenn sie gegen den helvetischen Zentralstaat, die Regierung oder Frankreich gebraucht wurde, mußte sich zeitweise starke Einschränkungen gefallen lassen. Schon im Sommer 1798 reichte der Polizeiminister dem Direktorium den Entwurf einer Botschaft wegen des Mißbrauchs der Preßfreiheit ein. „Die allzu große Freiheit der Presse ist ein evidentes Zeichen der Anarchie, die die Gewalt zum Prinzip macht, ein Prinzip, das sich selbst zerstört“, schrieb er darin und schlug eine Reihe von beschränkenden und sichernden Aufsichtsmaßnahmen vor. Doch wurde — trotz der wiederholten Anregung des Ministers — nie ein umfassendes Preßgesetz erlassen. Direktorium und Räte verfolgten vermeintliche und wirkliche Mißbräuche von Fall zu Fall. Meyer begrüßte auch die Herausgabe eines offiziellen „Helv. Tagblattes“ als Mittel der Volksaufklärung gegen die reine Demokratie. Er trat gegen den Herausgeber der „Helv. Annalen“, den späteren Restaurator Karl Ludwig von Haller, mit aller Schärfe auf, trotz der Abmahnungen seines Freundes Lavater. Auch gegen das „Helv. Tagblatt“ seiner Freunde Usteri und Escher, gegen den „Nouvelliste Vaudois“, gegen das „Bulletin Helvétique“, das „Bulletin officiel“ und andere Blätter bean-

trage er in bestimmten Fällen Regierungsmaßnahmen, selbst Verbote.

Da das Vereins- und Versammlungsrecht besonders durch die sog. Volksgesellschaften nach dem Muster der französischen Klubs nicht immer im Sinne der Regierung benutzt wurde, beantragte der Polizeiminister ein Gesetz gegen diese mit der Volksvertretung rivalisierende Macht. Aber erst am 12. September 1800 kam ein solches zustande. Als beim traurigen Zustand Helvetiens im Jahre 1799 die Verhältnisse immer verworrenen und unsicherer wurden, ging bei den gesetzgebenden Räten eine Reihe von Massenpetitionen ein. Meyer suchte auch hier den Mißbrauch und die Aufwiegelung zu verhindern, indem er beschränkende und erschwerende Vorschriften beantragte, die dann am 15. Jan. 1801 zum Teil Gesetzeskraft erhielten. Auch in verschiedenen bekannten Einzelfällen trat er gegen solche Petitionen auf, u. a. gegen die des Berners Franz Rudolf Weiß an den Ersten Konsul und gegen die föderalistische Zuschrift der Munizipalität und Gemeindeverwaltung von Schwyz.

Bei der Ueberwachung der Niederlassungs- und der Handels- und Gewerbefreiheit, die allerdings in erster Linie dem Innenminister Rengger zu stand, richtete sich die Aufmerksamkeit des Polizeiministers auf das Paßwesen, das Asylrecht, die Beschränkung des Wirtschafts- und Hausiergewerbes und des Bettels.

Die h o h e oder p o l i t i s c h e P o l i z e i hatte in der Aufsicht über die politische Beeinflussung des Volkes und über seine Stimmung und aufrührerischen Bewegungen ein weites und heikles Feld, auf dem sich am deutlichsten der Einfluß der politischen Gesinnung in den Regierungsmaßnahmen äußerte. Meyer gab dem Direktorium auf Grund von Stimmungsberichten der Kantonsstatthalter häufig zusammenfassenden Aufschluß über die politische Lage im Innern. Am meisten beschäftigten ihn die Unruhen in der Innerschweiz und in den übrigen Kantonen beim Beginn

der Helvetik und beim Nidwaldner Aufstand, dann wieder die große Volkserhebung während des zweiten Koalitionskrieges und zur Zeit der drei ersten Staatsstreichs. In aufreibender und verantwortungsschwerer Arbeit verwertete er die zahlreichen Berichte der Kantonsstatthalter, orientierte das Direktorium darüber, munterte die verantwortlichen Beamten zu angestrengtester Aufmerksamkeit auf und gab zahlreiche Verhaftungsbefehle nach allen Seiten. Den Schreckenstag von Nidwalden bedauerte er lebhaft, lehnte aber alle Verantwortlichkeit der Regierung ab und schrieb die traurige Erfahrung einseitig der Verhetzung des Volkes durch die Geistlichkeit zu. Das Direktorium hatte schon im Herbst 1798 beschlossen, die politische Polizei zu verschärfen. Im Februar des folgenden Kriegsjahres legte Meyer auf Verlangen der von Laharpe und Ochs geleiteten Regierung ausführliche Vorschläge für die Handhabung der allerschärfsten Polizei vor. Das Direktorium zog in diesen gefährlichen Monaten die polizeiliche Leitung diktatorisch an sich, oft mit Uebergehung des Polizeiministers, der sich deswegen beklagte. Nach dem ersten Staatsstreich vom 7. Januar 1800 schlug er dem neuen Vollziehungsausschuß wiederum eine Verschärfung der Polizeiaufsicht vor. Er verlangte namentlich die Verminderung der Wirtshäuser, die scharfe Beaufsichtigung der Künste, Handwerke, Industriezweige, der Vagabunden, Bettler und Hausierer, die Vereinfachung der Fremdenpolizei und die Einführung der Gendarmerie und der Friedensrichter. Selbst die Anwendung von Emmissären der Regierung und von eigentlichen Spionen schien ihm ein zweckmäßiges Mittel zur Beeinflussung des Volkes. — Die Steigerung der parteipolitischen Leidenschaften führte Meyer auch in seiner amtlichen Tätigkeit immer mehr auf diesen Boden. Das zeigte sich besonders beim Sturze Laharpes, beim Konflikt zwischen Regierung und Räten im Laharpe - Moussonprozeß und bei der Behandlung des Protests der Berner Föderalisten gegen die Zerstückelung des alten Kantons Bern.

### Der helvetische Politiker.

Im ersten helvetischen Parlamente schieden sich die Anhänger des Zentralstaates rasch. Es entstanden die Partei der „Patrioten“ und die der „Republikaner“ oder wie man sie jetzt sinngemäßer nennt: die Partei der Revolutionäre und die der Reformer. Meyer bekannte sich natürlich zur „Republikaner“- oder Reformerpartei, zu der die bedeutendsten Köpfe der Helvetik gehörten. Sie baute auf der philosophischen Grundlage der Aufklärung auf und suchte ihre Ideen zum Teil in doktrinärer Weise, nach französischem Vorbilde, unter Wahrung der nationalen Selbständigkeit im Einheitsstaate zu verwirklichen. Die Staatsauffassung dieser Partei äußert sich in den zahlreichen, der Aufklärungs- und Revolutionsterminologie entnommenen Betrachtungen und Ermahnungen der amtlichen Schreiben Meyers und in seinen Privatbriefen. Je gespannter die politischen Verhältnisse wurden, umso deutlicher gab auch er seine Gesinnung kund. Schon beim Sturze Ochsens und Laharpes. Er trat den diktatorischen Reformversuchen Laharpes entgegen; dieser beschuldigte ihn darum der Nachlässigkeit in der Amtsführung und wollte sein Ministerium „säubern“, zur gleichen Zeit, als der französische Geschäftsträger Meyer das Zeugnis aussstellte, er sei als Minister vollständig am rechten Platze. Der erste Staatsstreich und der damit erzwungene Abgang Laharpes beseitigte die aus dem Kriegszustand erwachsene Gefahr der Diktatur. Die Frage der Verfassungsrevision schied aber auch nachher die Geister immer mehr. Die „Patrioten“, die im Parlament die Mehrheit hatten, traten dem Entwurf der sog. Philosophen, die eine Geistes- und Beamtenaristokratie erstrebten, lebhaft entgegen. Der Zwischenfall Laharpe-Mousson führte die Spannung zwischen Regierung und Parlament zum Höhepunkt. Meyer stand dabei ganz auf der Seite des Vollziehungsausschusses. Er kritisierte in einem Gutachten vom 6. Juli 1800 den Mangel an frucht-

barem Kontakt zwischen den helvetischen Gewalten, die gegenseitigen Uebergriffe, wodurch die Staatsleitung verwirrt und der Fortschritt gehemmt werde, und forderte die Regierung auf, der unglücklichen Spannung zwischen den obersten Gewalten ein Ende zu machen und gegen den von Leidenschaften und Vorurteilen beherrschten gesetzgebenden Körper die Offensive zu ergreifen. Als dann von Paris aus die Einwilligung kam, wurde am 7./8. August 1800 der zweite Staatsstreich durch die Auflösung der Räte vollzogen und damit die Schweiz noch mehr in einen verfassungswidrigen Zustand versetzt.

Doch auch damit war die so nötige Ruhe nicht gesichert. Entgegen dem Willen des französischen Gesandten, der die Schweiz im provisorischen Zustand erhalten wollte, arbeiteten die Unitarier, die nun der föderalistischen Partei gegenüberstanden, heimlich einen Verfassungsentwurf in ihrem Sinne aus und legten ihn in Paris vor. Meyer leistete mit Usteri, Rengger und Schmid die Vorarbeit dafür. Nun verband sich der französische Gesandte Reinhard mit der Berner Aristokratie, um die so selbständig auftretenden Reformer zu stürzen; doch bewirkte er damit nur seine Abberufung. — Meyer versicherte in diesem gefährlichen Momente die Regierung seiner Anhänglichkeit und verdoppelte die polizeiliche Aufsicht. — Bonaparte aber übergab den unitarischen Gesandten in Malmaison sein eigenes vermittelndes Verfassungsprojekt, das weder die Unitarier noch die Föderalisten befriedigte und der Zankapfel der Parteien wurde. Als die Berner Aristokratie gegen die Zerstückelung des alten Kantons Bern einen scharfen Protest erließ, wirkte ihm Meyer als stellvertretender Außenminister durch den helvetischen Gesandten Stapfer in Paris energisch entgegen. Er rechtfertigte auch das unitarische Begehren eines „Erhaltungssenats“ zur Beeinflussung der Wahlen im Sinne der herrschenden Partei, da ihm die bedingungslose Volkssouveränität ein Unding war. „Unsere Lage ist

in jeder Beziehung abscheulicher als sie 1798 war", schrieb er Stapfer am 19. Juli 1801; „die Hoffnung des Vaterlandes gründete sich damals auf jene achtungswürdige Klasse von aufgeklärten und liberalen Männern, die schon eine Oppositionspartei gegen die politischen Verirrungen unserer ehemaligen Regierungen gebildet haben... Diese Bürger finden sich heute erdrückt durch zwei Extreme....“ Stapfer wollte den Ersten Konsul für die Pläne seiner Parteifreunde gewinnen. Doch hatten solche Bemühungen keinen Erfolg. Der neue französische Gesandte Verninac erfüllte die Hoffnungen nicht, die Meyer und seine Freunde auf ihn setzten. Das Verhältnis der Regierungspartei zu Frankreich trübte sich immer mehr, als sie gegen Bonapartes Willen den Entwurf von Malmaison im zentralistisch-repräsentativen Sinne änderten und die Wahlen in den vorgesehenen Senat fast ausschließlich auf Unitarier lenkten. So gab der Erste Konsul die Zustimmung zum dritten — föderalistischen — Staatsstreich vom 28. Oktober 1801, der auch Meyer nach dreieinhalbjähriger Wirksamkeit zum Rücktritt bewog. Er zog sich unter Protest ins Privatleben zurück.

In Luzern bildete er mit Usteri, Mohr, Pfyffer und Rüttimann den Mittelpunkt der unitarischen Opposition gegen die neue Regierung Alois Redings und wurde von dieser mißtrauisch beobachtet. Die Bestrebungen, eine helvetische Tagsatzung zusammenzuberufen, die aufgestellte Verfassung in Kraft zu setzen und die Zustimmung Bonapartes zu gewinnen, mißlangen. Der Erste Konsul erzwang dann allerdings die Aufnahme von sechs Unitariern in die föderalistische Regierung. Meyer wurde von Stapfer dafür vorgeschlagen, aber nicht berücksichtigt. So verfolgte er vom heimischen Herde aus den Niedergang der Helvetik in den immer steigenden Parteiwirren und infolge der Kraftlosigkeit einer durch Intrigen erschütterten Regierung. Als die demokratische Urschweiz

und die Berner Aristokratie zur offenen Erhebung übergingen, versuchte er seine Freunde in Bern zu kräftigen Maßnahmen, sogar zu einer Diktatur zu bewegen, fand aber wenig Gehör und zürnte nun selbst seinem Schwager Rüttimann, der als Landesstatthalter an verantwortlicher Stelle stand. Die helvetische Republik brach im Gewirre der Parteileidenschaften und unter dem Druck der traurigen Finanzwirtschaft zusammen. Im günstigsten Augenblick trat Bonaparte als Vermittler auf. Er berief die führenden Männer zur Beratung einer neuen Verfassung zur Konsulta nach Paris.

Trotzdem Meyer nun in keiner öffentlichen Stellung mehr war, ließ er sich doch als führender Unitarier durch seine Freunde und durch sein Interesse an der Erhaltung des zentralistischen Systems zur Teilnahme an der Konsulta bewegen. Vom 20. November 1802 bis Mitte Januar 1803 weilte er nun zum vierten Male in Paris. In enger Zusammenarbeit mit seinen Freunden Stapfer, Usteri und Pestalozzi suchte er das Programm der Einheitsfreunde durchzusetzen und vom Zentralstaate zu retten, was zu retten war. Er arbeitete eine Denkschrift über die politische Lage der Schweiz aus, die Stapfer und einige der bedeutendsten Unitarier unterzeichneten und den französischen Kommissären überreichten. Auch einen Entwurf für die künftige Verfassung des Kantons Luzern machte er; doch überwarf er sich deswegen mit den Luzerner Deputierten Krauer und Kilchmann. Als er sah, daß der Erste Konsul die künftigen staatlichen Verhältnisse der Schweiz diktatorisch auf föderalistischer Grundlage ordnen wollte, kehrte er entmutigt und erbittert heim. — Die Nachricht vom Tode seines Bruders Maurus, der gerade in jenen Tagen seines Pariser Aufenthaltes als Gouverneur von St. Domingo starb, betrübte ihn noch mehr. — Vorerst beabsichtigte er noch, Memoiren über seine helvetische Wirksamkeit zu schreiben; doch fehlten ihm Lust und Muße dazu immer mehr. Nur seine Denk-

schrift wurde in der „Schweizerischen Minerva“ veröffentlicht. Die *Mediationsverfassung* vom 19. Februar 1803, die ein Kompromiß von Zentralismus und Föderalismus war, beurteilte er durchaus ungünstig. Mit Mißtrauen sah er in die Zukunft des Vasallenstaates Frankreichs. „Die moralische Kraft, mit der alle liberalen Männer Europas Frankreich unterstützten, ist dahin, seitdem sie sehen, daß B[onaparte] die Freiheit zernichtet und durch eine perfide Politik ganz Europa zu beherrschen sich bestrebt“, schrieb der frühere begeisterte Freund Frankreichs und seiner Revolutionsideen nach fünf Jahren schwerer Erfahrung.

Die Revolution in der Schweiz war in der Hauptsache beendet. Franz Bernh. Meyer hatte an verantwortungsvoller Stelle nach besten Kräften und mit seiner idealistischen und doktrinären Auffassung vom repräsentativen Einheitsstaate durch Sicherung der Ruhe und Ordnung in wildbewegter Zeit versucht, dem neuen Staatsgebilde Kraft und Bestand zu geben. Die nationale Eigenart und die geschichtlichen Kräfte aber hatten diesem Bestreben stets wachsende Hindernisse entgegengestellt und schließlich das Gebäude zertrümmert, das eine schöne moderne Fassade, aber im Volk ein schwaches Fundament hatte. Die harte Erfahrung hatte zwar Meyers Staats- und Weltauffassung noch nicht wesentlich zu ändern vermocht; aber sie hatte ihm doch die Lehre gegeben, daß sich auf bloßen Ideen kein dauerndes Staatswesen begründen läßt, und daß die Kraft der geschichtlichen Entwicklung größer sei als revolutionärer Doktrinarismus. Die nächsten zehn Jahre beobachtender Zurückgezogenheit und der Kritik einer oft engherzigen bäuerlichen Regierungspolitik im Kanton Luzern vollzogen mit dem wechselnden Zeitgeiste in Meyers Ansichten die Wandlung vom Geistesaristokraten zum Geburtsaristokraten.

---

## Der Kritiker in der Mediationszeit.

### Privatleben.

Die Durchführung der neuen Verfassung, die durch ihren Vermittlungscharakter der Schweiz die Ruhe gab, aber Frankreich auch ein drückendes Protektorat sicherte, brachte in den meisten alten Ständen der historischen Regierungspartei wieder das Uebergewicht. Im Kanton Luzern aber nicht. Hier siegte das bäuerliche Element über das städtisch-aristokratische. Es übernahm die Führung zum Ärger aller aristokratisch Gesinnten und der helvetischen „Republikaner“ vom Schläge Meyers. Dieser war an der Konsulta von Usteri für die Luzerner Organisationskommission vorgeschlagen, aber nicht gewählt worden.<sup>2)</sup> Er kandidierte dann bei den Grossratswahlen in Pfaffnau, schied aber durch das Los aus. Auch bei der Wahl des Eriehungsrates durch den neuen Grossen Rat drang Meyers Name — wie übrigens auch der des Ex-ministers Mohr, des Stadtpfarrers Thaddäus Müller und des Professors Geiger — nicht durch. Gegen ihn, wie gegen seine helvetischen Freunde, war vor den Wahlen rege Propaganda gemacht worden. — Es war nicht klug, daß ein so erfahrener Beamter und Staatsmann von vielseitigen Talenten und Verbindungen nicht zur Mitarbeit herangezogen wurde; aber man fürchtete wohl seine scharfe Opposition in der neuen Regierung.<sup>3)</sup>

---

<sup>2)</sup> Keller an Meyer, 14. Febr. 1803, F.-A. Meyer. Die Grundlage für dieses Kapitel bilden hauptsächlich die zahlreichen Briefe Meyers an Paul Usteri und die zusammenfassenden Darstellungen von Oechsli I 446 ff., Dierauer V 183 ff., Kas. Pfyffer II 159 ff.

<sup>3)</sup> Meyer an Usteri, 3., 7. April 1803: „In dem Quartier, wo ich eingeschrieben war, machte es mir wahrlich Mühe zu bemerken, daß der größte Teil seit fünf Jahren weder diejenigen kennen gelernt hat, die es redlich mit dem Volk meinen oder sich seinen Rechten entgegensemzen, noch weiß, worin die Hauptfrage bestehe. Es ist im Ganzen genommen weder Anhänglichkeit an Personen, noch an der

Umso heftiger wurde nun seine Kritik als privater Beobachter. Er nannte in den vertraulichen Briefen an Usteri die neuen Regenten „Schufte und Schurken“ und sah eine düstere Zukunft voraus.<sup>4)</sup> Mit dem Gefühl erlittenen Unrechts verband sich die Sorge um die persönliche und allgemeine Zukunft. Meyer war aus der staatsmännischen Tätigkeit, der er seit den Jünglingsjahren seine besten Kräfte geweiht hatte, in der Vollkraft seiner Jahre herausgeworfen und mußte für die Zukunft neue materielle Grundlagen suchen. Eine Zeitlang dachte er daran, sich anderswo anzusiedeln. Sein liebster Aufenthalt war nun im Sommer sein Schlößchen, das ihn dem politischen Getriebe der Stadt entrückte.<sup>5)</sup> Von den literarischen Plänen kam keiner zu umfassender Verwirklichung. Als Usteri die Herausgabe von „Annalen des schweizerischen Bundesstaates seit der Vermittlung des Ersten Konsuls der französischen Republik“ plante, unterstützte ihn Meyer lebhaft. Er übernahm die Bearbeitung des Rechtsfaches und sammelte eine Zeitlang eifrig Material, das er dann aber wieder liegen ließ.<sup>6)</sup> Seine

---

Sache... Hingegen aber herrscht ein ausgezeichneter Kastengeist, der die Landleute für sich und die Städter ebenso einseitig beseelt...“  
14. April: „Gennhard [der föderalistische Senator, nachherige Finanzpräsident und Tagsatzungsgesandte] durchrann[te] unser ganzes Land und predigte in allen Wirtshäusern gegen Usteri, Rüttimann, Kuhn, Koch, Renggern und mich, mit Vorgeben, daß wir eine teuflische Aristokratie haben gründen und die Religion zernichten wollen...“

<sup>4)</sup> 7., 24. April 1803.

<sup>5)</sup> An Usteri, 30. Juni, 7. Juli, 24. Aug., 9. Okt. 1803: „Seitdem ich wieder in der Stadt bin, leide ich mehr... Jetzt erzählt mir jeder wieder seine Klagen und foltert mich mit seinen Ahndungen und der Darstellung der Gegenwart... Ich hatte Mühe, mich dieser Tage von Anwandlungen finsterer Melancholie zu verwahren. Ich weiß nicht, was diese fernerhin über mich vermögen werden. Aber der Wunsch, allen diesen Neblen zu entlaufen, wird mit jedem Tag stärker und dringender.“

<sup>6)</sup> An Usteri, 3., 10. Nov., 1. Dez. Usteri an ihn, 29. Okt., 2., 23. Nov. (mit dem ausführlichen Plan, den Meyer auf Usteris Wunsch bei Xaver Meyer drucken ließ); 11. Jan. 1804. Am 4. Juli schrieb

ganze literarische Wirksamkeit beschränkte sich in der Folge auf Nachrichten an Usteri und auf einige Zeitungsartikel. Er bebaute vorerst sein Landgut Eggisbüel in Weggis. Immer mehr wandte er sich dann der kaufmännischen Tätigkeit zu, um für seine Familie eine sichere Existenz zu schaffen. Seit 1806 war er mit seinem Bruder Niklaus in einem Handelshause assoziiert. „Ich bin in eine Karriere geworfen, die weder meinen Neigungen, noch meiner Erziehung entspricht“, schrieb er damals seinem Zürcher Freunde. „Ich muß Genüssen entsagen, an denen meine Existenz und Glückseligkeit hing. Meine Studien und Pläne... muß ich meiner Familie aufopfern und für ihre Existenz mehr als für mich besorgt sein.“<sup>7)</sup> Die Garnfabrikation war schon deshalb für ihn wenig befriedigend, weil er mit scharfer Konkurrenz und den immer schwierigeren Handelsverhältnissen zu kämpfen hatte und mit seinem Bruder nicht gut zusammenarbeiten konnte. So dachte er schon 1807 daran, die Fabrik zu

---

Usteri: Ekel und Ueberdruß habe ihm die Arbeit auch unterbrochen; die Sache könnte aber vielleicht, etwas verändert, wieder aufgegriffen werden. Meyer an ihn, 18. Juli: „Was mich betrifft, so fühle ich mit jedem Tage mehr, daß ich nicht Fähigkeit genug zum Schreiben besitze. Ohnehin geneigter, die Wahrheit derb darzustellen, hat sich in mein Gemüt ein Mißklang gemischt, den Umstände, Ereignisse, der Gang der Sache, das Fehlschlagen der schönsten Hoffnungen für das Besserwerden der Menschheit hervorbrachten, der aber mich oft überrascht und zu heftig werden läßt, wenn er mich nicht gar hie und da zu großer Einseitigkeit verleitet. Ich bin beinebens indolent und arbeite nicht gern, wenn ich nicht muß. Auch weiß ich die Momente nicht zu benutzen und kann mich nicht wohl zu einer Arbeit von Folge entschließen, wenn ich nicht vorsehe, sie ununterbrochen fortsetzen zu können.“ 26. Sept.: „... Ich habe mir viele Ideen gesammelt und zusammengetragen, von denen mein Kopf schwer ist. Aber ich fürchte, daß das Alltagsgeschwätz und die Elendigkeiten der Stadt mich das alles wieder werden vergessen machen...“ Am 3. Febr. 1805 schrieb er, daß ihm die zahlreiche Familie, häusliche Sorgen und die Erwerbung des täglichen Brotes die Muße für literarische Arbeiten rauben.

<sup>7)</sup> 10. April 1806.

verkaufen.<sup>8)</sup> Seit 1810 führte er das Geschäft zeitweise allein. Die Kontinentalsperre aber brachte bedeutende Verluste und raubte ihm die Früchte seiner fleißigen und sorgfältigen Geschäftsführung.<sup>9)</sup>

Zu diesen geschäftlichen Mißerfolgen kamen die Besorgnisse über den allgemeinen Gang der politischen Geschehnisse und die herben Schicksalsschläge in seiner Familie. In kurzen Zwischenräumen starben seine Kinder Nanette (1807) und Ludwig (1810), sein Vater (1810) und seine edle, feinsinnige Frau (1812). Diese schweren Erlebnisse wirkten stark auf seine Seelenlage, erschütterten und verdüsterten sie, führten ihn in Zweifel an seinen bisherigen Ideen und bewirkten auch die Hinwendung zu positiverem Gottesglauben.<sup>10)</sup> Durch die Lektüre, den regen politischen Briefwechsel mit seinem alten Freunde Usteri und den freundschaftlichen Verkehr mit Fellenberg und Pestalozzi befruchtete er seinen Geist und blieb dem politischen und kulturellen Geschehen seiner Tage nahe. Er betrachtete die Ereignisse — freilich oft mit der Brille des Erbitterten und Enttäuschten — mit scharfem Blick

<sup>8)</sup> Am 1. Aug. 1807 empfahl er seinem in Mailand weilenden Bruder, die Wechselgeschäfte ganz einzustellen, die Vorräte bedeutend zu reduzieren und mit dem Baumwollhandel Speditionsgeschäfte zu verbinden. „Wir haben im vergangenen Jahr zu groß angefangen, zu viele Ankäufe gemacht und unsere Magazine über Ziel und Maß angehäuft... Man kommt nicht zur Million, wenn man sich so benimmt, als besäße man sie schon; wohl aber, wenn man sich nach seinen Kräften benimmt, sich mit einem kleinen Gewinnst... begnügt und so von Gewinnst zu Gewinnst durch Beflissenheit und Ordnungsliebe fortzuschreiten trachtet, ruhig und still, ohne andere auf sein Tun aufmerksam zu machen, noch sich um anderer Tun zu bekümmern.“ (1. Aug. 1807.) 1808 übernahmen sie auch das Speditionsgeschäft von Balthasar und damit eine starke Mehrarbeit. (An Usteri, 16. Sept. 1808.)

<sup>9)</sup> An Usteri, 11. Okt. 1810, 13. Juni 1811; Usteri an ihn 1. Juni 1810, 3. April 1811.

<sup>10)</sup> An Usteri, 27. Mai 1807, 17. Febr., 5. Juni 1810, 13. Mai 1812, nach dem Tode der Frau: „Es ist mir, als wäre ich aus dieser Welt

und Urteil, bis ihn der Zusammenbruch Napoleons und die Reaktion der geschichtlichen Kräfte neuerdings auf das Feld der aktiven Politik rief.

### Die Betrachtung der allgemeinen und schweizerischen Ereignisse.

Die Erfahrungen der fünf helvetischen Jahre hatten Meyers politischen Pessimismus, der schon in seiner Weltanschauung steckte, vertieft. Er äußert sich drastisch in dem Satze: „Die Sachen haben durchaus eine zu schlimme Wendung genommen, als daß man nur hoffen dürfte, daß in einem Jahrhundert wieder ein annähernder Schritt zum Besserwerden gesche[he]n könnte.“<sup>11)</sup> Meyer teilte diesen Pessimismus mit manchem seiner Parteifreunde.<sup>12)</sup> Als Frankreich mit raschen Schritten der

---

ausgestoßen, in der alles öde, einsam und leer um mich ist... So klammere ich mich fester und fester an meine Kinder, an die Pfänder ihrer Liebe..., währenddem mein Blick in die Höhe sich erhebt, in der vollen Ueberzeugung, daß alle unsere Haare gezählt sind und keines ohne des Vaters Willen fällt.“ An Dr. Ebel, 6. Juni 1812: „Das hat Gott getan, rufe ich mir wohl hundertmal zu und stärke mich mit der Hoffnung, daß auch Gott helfen und beistehen werde... Gott sitzt zu Gericht über die Welt. Vor ihm sollen wir uns demütigen.“ Meyers Freunde, besonders Usteri, Stapfer, Rengger, Fellenberg, Pestalozzi und Dr. Ebel, nahmen lebhaften Anteil an seinem Schmerze. Briefe im F.-A. Meyer.

<sup>11)</sup> An Usteri, 30. Juni 1803. — An Pestalozzi, 26. Juni: „So wie die Sachen eingeleitet sind, wird es auch wirklich wieder mit aller Art von öffentlicher Aufklärung weit, weit ins barbarische Jahrhundert zurückgehen... Wir stehen, lieber Freund, an dem Rand eines Abgrunds, in den wir unwiderstehlich gestürzt werden. Mögen nun die Sachen gehen, wie sie immer wollen, so ist es auffallend, wie jeder Tag uns dem Tod nähert, der die politische Existenz unseres Vaterlandes zernichten wird.“

<sup>12)</sup> Pestalozzi, z. B., gab ihrer Ratlosigkeit in einem Briefe an Meyer deutlichen Ausdruck: „Wir laufen jetzt im Vaterlande umher wie die Lissaboner gerade nach dem Erdbeben in ihrer Stadt. Ein jeder will sein altes Haus — und findet Ruinen. Aber niemand weint bei den Ruinen, und niemand sucht für die Zukunft einen

neuen Monarchie entgegenging, wandten sich seine früheren Freunde immer mehr von ihm ab.<sup>13)</sup> Meyer verglich die durch die Allianz mit Frankreich geschaffene Lage der Schweiz mit der des irdenen Hafens auf seiner Reise mit dem eisernen.<sup>14)</sup> Mit Schmerz erfüllte es ihn, daß die „republikanische“ Partei sich nicht mehr zusammenzuschließen vermochte und daß Usteri seinen „Republikaner“ nicht mehr fortsetzen konnte.<sup>15)</sup> Am Ende des ersten Mediationsjahres zeichnete er mit einem bittern Kern Wahrheit die politische Situation der Schweiz so: „Frankreich hat durch die Trennung unserer Interessen seinen Zweck durchaus erreicht. Die neuen Kantone glauben aus Politik das wollen zu müssen, was Frankreich will. Die alten Kantone nähren zwar den Groll im Herzen, aber im Aeußern suchen sie den Schein der Gefälligkeit anzunehmen und verlegen sich auf Intrigen, wo ihre Interesse[n] unmittelbar berührt werden. Ueberall aber herrscht Mißtrauen gegen die Stabilität der gegenwärtigen

---

sicherern Boden — und wir gleichen ganz einer geschlagenen Armee, die — mit Schande bedeckt — keine größere Angelegenheit hat, als bei Trödlern herumzulaufen, um sich neue[re] und weit[er]glänzende Epauletten und Portépées zu kaufen, als sie vor der verlorenen Schlacht getragen haben.“ 11. Okt. 1805. F.-A. Meyer.

<sup>13)</sup> „Wie tief Frankreich wohl gefallen sei, mag uns auch Neys [an der Tagsatzung in Freiburg zu Ehren Bonapartes gehaltene] Rede lehren. Kriechende Schmeichelei selbst im Munde eines rohen Soldaten höhnt das in Strömen für die Republik geflossene Blut oder macht offenkundig, daß nie republikanisches Blut floß...“ An Usteri, 11. Juli 1803.

<sup>14)</sup> 30. Juli, 17. Aug. 1803 an Usteri. Den Allianzvertrag kritisierte er scharf: Er schaffe ein nachteiligeres Verhältnis als das von 1798, weil er die Schweiz zur Teilnahme an allen Kontinentalkriegen Frankreichs verpflichte und sie zum Kriegsschauplatz und zur französischen Provinz mache. — Vergl. dazu Oechsli I 475 ff.

<sup>15)</sup> An Usteri, 6. Aug. 1803. Wegen der scharfen Zensur auf Schweizerboden wurde dann Deutschlands gelesenstes Blatt, die „Allgemeine Zeitung“, die öffentliche Tribüne für Usteri und seine politischen Freunde. Meyer war Usteris Hauptkorrespondent für Luzern. Vergl. Oechsli I 628 ff.

Ordnung, und jeder legt es darauf an, bei einer neuen Umänderung sich zu einer neuen Stelle empfehlenswert zu machen, besonders da Frankreich zeigt, daß es seine Kreaturen nicht hintansetzt.“<sup>16)</sup> Als Bonaparte den Kaiserthron bestieg, schrieb der Republikaner in scharfer Voraussicht: „Die Umstände haben einen Plan begünstigt, den man schon lange beabsichtigte. Dieser aber beschränkt sich nicht nur auf das Innere des Reichs, sondern auf ganz Europa, über das Frankreich eine unzweifelhafte Präponderanz auszuüben sich vornimmt... Das macht mich immer mehr und mehr für die Fortdauer unserer Existenz besorgt... Ich fürchte mich sehr vor der Gnade Gottes, die dort einen Kaiser einsetzte, und den schrecklichen Auspizien, mit denen das 19. Jahrhundert beginnt...“<sup>17)</sup> Er fürchtete des neuen Kaiserreiches Macht und ungeheure Hilfsquellen, trotzdem es gegen den schweizerischen Vasallenstaat vorläufig recht freundlich tat. Im Angesichte der fürchterlichen Gewitterwolken des dritten Koalitionskrieges, die „am Abend eines rosenfarbigen Morgens“ Europa schreckten, bedauerte er die Kraftlosigkeit der Tagsatzung: Eine Zentralbehörde ohne Zentralgewalt sei nichts anderes als ein papierner Popanz.<sup>18)</sup> Doch glaubte er, daß die bedrohte und geschwächte Schweiz an einen Widerstand gegenüber Frankreich vorläufig nicht denken könne, wenn sie nicht die Niederlage von 1798 erneuern wolle. „Meine Meinung von jeher war, daß wir uns immer fest an Frankreich halten müssen, mag immer seine innere und äußere Verfassung und seine

<sup>16)</sup> 8. Januar, 5. Februar 1804 an Usteri. — Im Bockenkrieg sah er die Absicht, „ein ausschließliches Herrschersystem privilegierter Familien wieder zu gründen.“ Landammann Wattenwyl war in seinen Augen ein politischer Wirrkopf voll Anmaßung. 12., 29. April 1804.

<sup>17)</sup> „Wie klein und verächtlich erscheint er [Napoleon] jetzt im Kaisertitel und im Gefolge seiner kaiserlichen Prinzen und Brüder und Basen! Wie verächtlich sind gegenwärtig die Franzosen!“ 6., 31. Mai, 4. Juni, 25. Okt. 1804 an Usteri.

<sup>18)</sup> An Usteri, 4. April, 17. Mai, 12. Juni 1805.

Behandlung gegen uns sein, wie sie wolle... Anno 1798 hatten wir noch Zeughäuser, Magazine, Schätze. Diese ersten Postulate der Energie sind uns entrissen. Damals war noch mehr klassische Anhänglichkeit an alte Formen und den väterlichen Boden als jetzt, da acht Jahre fort-dauernder Veränderungen Ideen, Formen und Gefühle durcheinanderwarf, daß niemand mehr recht weiß, wo er ist. Wir hatten eine Verfassung und Magistrate, denen die Gewohnheit und die öffentliche Meinung Ansehen und Kraft gab. Jetzt stehen alte und neue Menschen da, die sich bestreben, einander um Ansehen und Zutrauen zu bringen, und [wir] haben eine Verfassung, die jede Partei zu zernichten sich bestrebt... Die größte Gefahr wäre bei unserer neuen föderativen Auflösung unvermögend, eine Vereinigung des Willens zu bewirken. Hat Frankreich nicht noch die nämlichen Mittel, uns unter uns zu schwächen, die es schon ehmals unter Umständen, die Frankreich weniger günstig waren, mit sicherem Erfolg versuchte?...<sup>19)</sup>

Als der dritte Koalitionskrieg gegen England, Rußland, Oesterreich und Schweden begonnen hatte, sah Meyer den Sieg Frankreichs voraus: „Das Eigene der Bonapartischen Regierung ist, daß dieser außerordentliche Mann nie keine halben Maßregeln nimmt.“ Napoleon werde infolge des Krieges eine fürchterliche Gewalt über ganz Europa ausüben, der nur Rußland mit der Zeit Schranken setzen könne. Frankreichs Sieg aber scheine der Schweiz nicht ungünstig zu sein; man werde sie in ihrer unbedeutenden Existenz belassen, die in verschiedener Beziehung ein großer Gewinn für sie sei.<sup>20)</sup> Auch ein pessimistischer Kritiker wie Meyer konnte sich der kriegerischen Größe des Feldherrn Napoleon nicht entziehen. Er schrieb nach dem Preßburger Frieden: „Bonaparte zeigte sich als einen der größten Feldherr[en], mit dem entschlossensten Cha-

---

<sup>19)</sup> An Usteri, 11. Aug. 1805.

<sup>20)</sup> 20., 31. Okt., 7. Nov. 1805 an Usteri.

rakter... Größer wäre er freilich, wenn er in den offiziellen Publikationen einfacher und wahrheitsliebender erscheinen würde... Zuverlässig hätte dieser Mann mit allen seinen Mitteln des Genies und den Hilfsquellen des Reichs, das er beherrscht, die Menschheit beglücken können. Ich fürchte aber sehr, daß die Zukunft noch schlimmer sein wird als die Gegenwart, und hoffe einzig noch auf die Wirkung Englands, dessen Erhaltung in dieser Hinsicht ganz Europa wichtig sein soll... Die Revolution der Jakobiner ist ein Kinderspiel gegen die, welche sich nun seit der Austerlitzer Schlacht entwickelt. Geduld und Ergebenheit ist das Einzige, was wir dem eisernen Gesetz der Notwendigkeit entgegensetzen können.“<sup>21)</sup>

Die Stellung der Schweiz blieb auch künftig sehr unsicher und wurde 1806 noch verschlimmert durch die Kontinentalsperre. Meyer erkannte die große Gefahr für den schweizerischen Handel sofort: „Eingeklemmt zwischen großen Mächten, die in der gegenwärtigen Lage der Dinge keine andere[n] Grundsätze als die der Gewalt anerkennen und diese mit dem Gesetze der eisernen Notwendigkeit beschönigen, sind wir verurteilt, entweder Amboß oder die eiserne Zange zu sein, mit der man das glühende Metall aus dem Feuer reißt.“ Daß die Regierungen nun verschiedenartige Prohibitionsgesetze erließen, beunruhigte ihn.<sup>22)</sup> In diesen kritischen Zeiten erkannte auch der Einheitsfreund den Wert des Föderalismus, als er sagte: Der Föderalismus, den Bonaparte der Schweiz vielleicht mehr aus Eigensinn und Rücksichten der damaligen Umstände als im Hinblick auf das jetzige große System der Schweiz auferlegt habe,

---

<sup>21)</sup> An Usteri, 9., 16. Jan., 16. März, 10. April 1806.

<sup>22)</sup> 23. Jan., 17. Mai 1806 an Usteri: „Tu non es amicus Caesari ist nun das Schreckensmotiv unserer Herren- und Baurenregierungen, durch das sie die Passionsgeschichte unseres Landes zu vollenden bereit sind.“

könne sie vielleicht jetzt retten. Sie dürfe ruhig sein, so lange man sie nicht wieder zu einem Einheitssystem zurückbringen wolle.<sup>23)</sup>

Freilich stiegen die Befürchtungen für die schweizerische Unabhängigkeit immer mehr, als Napoleon die Vasallenrepubliken in Monarchien umwandelte, den Rheinbund gründete und Preußen niederschmetterte; aber zugleich wuchs auch die Hoffnung auf die Reaktion gegen dieses gewalttätige Vorgehen. Meyer schrieb nach dem Tilsiter Frieden: „Es geht von allen Seiten her so bunt durcheinander, daß man wahrlich keinen Begriff mehr von Politik, ihren Verhältnissen und Berechnungen haben kann... Die Gewalt hat alle Fugen auseinandergetrieben, und momentane Konvenienzen haben Wirkungen zur Folge, wo man von Erstaunen zu Erstaunen hingerissen wird und es zu besorgen steht, daß sich alles in Verzweiflung und Trümmern auflösen werde.“<sup>24)</sup> „Neue und große Ereignisse stehen uns noch bevor. Wenn aber nur das den Namen der Größe verdient, was Haltung und Dauer erhält, so scheint es mir außer allem Zweifel, daß der Große unserer Zeit an dieser Klippe scheitern und uns nichts hinterlassen wird, als Zerrüttung und Kriege, die das Denkmal eines Alexanders und Charlemagne entehren. Immer ist der gegenwärtige Zustand zu gewaltsam, um auf gewöhnlichen Wegen und in ordentlichen Schranken sich bewegen und halten zu können. Gewalt gebiert Gewalt, und unter dieser erliegt jeder höhere Sinn und der heilige Begriff des Rechts und die männlichen Gefühle für Freiheit und Vaterland, die vielleicht nur dann wieder in spätern Jahrhunderten geweckt werden, wenn wir den traurigen Kreis der früheren, in die uns die Eitelkeit, der Stolz und die Herrschsucht eines Gewaltigen zurücksetzte, durch alle die Verirrungen der Leidenschaften und des Faustrechts werden durch-

---

<sup>23)</sup> 7. Juli 1806 an Usteri.

<sup>24)</sup> An Usteri, 20. Okt. 1807.

loffen haben, die der Menschheit abermals die Ueberzeugung geben werden, für die sie in unsren Tagen einen großen Versuch machte, aber zu weichlich und verdorben war, um ihn festzuhalten und auszuführen.“<sup>25)</sup> — Als Napoleon auch den Kirchenstaat unter das Kontinentalsystem zwang, bewunderte Meyer die Entschlossenheit und Größe des Papstes Pius VII. Napoleon möge dabei die Ohnmacht seiner physischen Gewalt gegen die moralische fühlen, meinte er. Auch den Volkskrieg der Spanier erkannte er als eine der gefährlichsten Krisen der napoleonischen Macht.<sup>26)</sup> Beim Ausbruch des neuen Krieges mit Oesterreich rief er bitter aus: „Daß keine Erfahrungen die Kabinette anders denken und handeln machen und die Völker wie Gänse sich betragen, die sich ohne Sinn, ohne eigenen Willen, ohne Tatkraft freuen, wenn man sie mästet und sich die Hälse abschneiden lassen, wenn der Hirt eine gute Mahlzeit für sich und seine Freunde machen will!“<sup>27)</sup> Daß der siegreiche Franzosenkaiser im Wiener Frieden vom 14. Okt. 1809 den Titel „Vermittler der schweizer. Eidgenossenschaft“ annahm — mit der Begründung, er wolle die Schweizer über verschiedene Gerüchte beruhigen — schien auch Meyer von tieferer Bedeutung: „Die eiserne Kette kann und wird noch stärker angezogen werden, ohne zu springen. Und sollte sie es, so sehe ich doch keine Rettung, sondern größere Verwirrung vor... Der Schrecken ist allgemein und gibt dem Haß intensivere Kraft.“<sup>28)</sup>

<sup>25)</sup> An Dr. G. Ebel in Frankfurt. Acht Briefe Meyers an ihn aus den Jahren 1807—1835 hat mir Hr. Prof. Dr. Arnold Escher in Zürich gütigst zur Verfügung gestellt. — Meyer schrieb an Pestalozzi am 16. Jan. 1807: „Ich kann Dir nicht bergen, daß mich die Geschichte des Tages außerordentlich erschüttert und der so schnelle Fall der größten Monarchien auf Gebrechen aufmerksam macht, die man vielleicht weder genugsam kennt, noch vermögend sein wird zu heilen....“ Z. B. Z. Ms. Pestalozzi 59.

<sup>26)</sup> An Usteri, 2. April, 7. Nov. 1808.

<sup>27)</sup> 15. April 1809 an Usteri.

<sup>28)</sup> 16. Dez. 1809 an Usteri. „Der Geldmangel der französischen

Das Dekret von Trianon vom 5. August 1810, das über die Handelsbeziehungen der Schweiz mit Italien und den Rheinbundstaaten verfügte, und die folgenden Noten an den Landammann verschärften die Wirtschaftskrise im Lande und trafen auch Meyer als Fabrikant und Spediteur empfindlich. Er wünschte dringend die Stellungnahme der Tagsatzung zu dieser Angelegenheit, die die Existenz der Handelsleute und ihrer Angestellten und damit des ganzen Landes bedrohte.<sup>29)</sup> Als dann am 11. Okt. die Tagsatzung nach dreimonatiger Beratung über die Handelssperre, die französisch-italienische Besetzung des Tessins und die Forderung der Zwangsrekrutierung auseinanderging, schrieb der beunruhigte Beobachter: „Leider muß uns die Geschichte unserer Tage immer mehr und mehr überzeugen, daß auch die Schweiz aufgehört hat zu existieren, mehr durch ihre eigene Ausartung und Charakterlosigkeit, als je durch andere konkommittierende Ursachen... Ob unsren Häuptern schwebt das Schwert am verhängnisvollen Faden.“<sup>30)</sup>

Am Anfang des Schicksalsjahres 1812, das den Zusammenbruch der napoleonischen Macht auf den Schneefeldern Rußlands brachte, schilderte Meyer die schweizerische Lage so: „Die Aussichten sind wahrlich düster und betrübt: immerwährende Kriege, Entvölkerung durch Regierung veranlaßte unsere Revolution; die gleiche Ursache scheint auch jetzt wieder eine Katastrophe herbeizuführen, die unsere Existenz zernichten dürfte. Venedig, Genua, Holland fielen. Darf die Schweiz hoffen, daß sie diese ehrwürdigen Staaten überleben werde?“

13. Okt. 1810. — Oechsli I. 538.

<sup>29)</sup> „Der politische Tod einer Nation ist unvermeidlich, wo das Nationalgefühl erloschen ist, wo die Furcht jede höhere Betrachtung erstickt.“ 13., 20. Okt. 1810 an Usteri. — Als die von verschiedenen Kantonen geforderte Tagsatzung vorläufig nicht zustande kam und die Zahlungseinstellungen bedeutender Handelshäuser sich mehrten und mit ihnen die Stimmen für den Anschluß an Frankreich, schrieb Meyer auf Usteris Anregung einen Artikel über die Handelsverhältnisse der Schweiz. 2. März 1811 an Usteri.

<sup>30)</sup> 16. Okt. 1811 an Usteri. Oechsli I 571 ff.

wiederholte Aufgebote, [V]erarmung durch Schuldenlasten, Erpressungen und Hemmung aller Industrie, Unsicherheit jedes Standes, Mutlosigkeit durch Ungewißheit, die Individuen und Staaten beängstigt, harter Zwang, der den Geist ertötet und uns mit der Unwissenheit und dem Faustrecht des Mittelalters bedroht.“<sup>31)</sup> Er erkannte, daß vom Ausgang des russischen Feldzuges das künftige Schicksal der Schweiz und Europas abhänge: „Gott sitzt zu Gericht über die Welt; vor ihm sollen wir uns demütigen. Rettung ist möglich, wenn Rußland ausharret und den Krieg in die Länge zieht.“<sup>32)</sup> Nach dem Brand von Moskau fing er mit seiner Zeit zu hoffen an, „daß Europa von den Schrecken der Universalmonarchie werde gerettet werden.“ Und als endlich aus den zahlreichen entstellten und unwahren Berichten vom Kriegsschauplatz die furchtbare Wahrheit des Rückzugs und der Katastrophe an der Beresina bekannt wurde, erschütterte dieser Zusammenbruch auch den stillen Beobachter an der Reuß und erweckte in ihm die größten Befürchtungen für das Vaterland: „Das Eigene der französischen Geschichte seit der Revolution ist, daß sie in einem Jahr immer die Geschichte eines Jahrhunderts des Römischen Reichs ausfüllt, wobei wir vielleicht noch die letzte Periode erleben dürfen. Aber mit wahrem Schrecken sehen wir diesen Ereignissen entgegen, da auch unser Land mit denselben verwickelt ist und wir dabei Reaktionen aller Art zu besorgen haben, die sich in Bern schon bedeutend genug ankündigten.“<sup>33)</sup> Im Freiheitskampf der östlichen Völker gegen das revolutionäre Kaiserreich sah Meyer für die Schweiz keine andere Möglichkeit, als neutral und im Innern ruhig zu bleiben, die kriegsführenden Mächte von der Wichtigkeit dieser Haltung zu überzeugen und sich neuen, die Kapitulation überschreitenden Trup-

---

<sup>31)</sup> An Usteri, 1. Jan. 1812.

<sup>32)</sup> An Dr. G. Ebel in Zürich, 6. Juni 1812.

<sup>33)</sup> An Usteri, 17. Okt., 30. Dez. 1812.

penforderungen Napoleons zu widersetzen, trotz der vielleicht gefährlichen Folgen. Das Gefährlichste schien ihm die Annäherung der österreichischen Truppen wegen der Haltung der Unzufriedenen in der Schweiz.<sup>34)</sup>

Je mehr aber die Erhebung gegen Napoleons Gewalt-herrschaft erstarkte, umso mehr regte sich auch in Meyer der Wunsch zur Beseitigung des Mediationszustandes und zur Wiederherstellung der Aristokratie. Die Betrachtung der politischen Verhältnisse und Vorgänge im Kanton Luzern hatte eine Grundlage für diese Haltung geschaffen.

### Die Kritik der Luzerner Politik.

Während in den andern alten Kantonen die vor-revolutionäre Regierungspartei das Uebergewicht erhielt, fielen — wie wir gesehen haben — die Wahlen des Jahres 1803 im Kanton Luzern zugunsten der helvetischen Föderalisten und Unitarier vom Lande aus. Damit wurde, nachdem im Kleinen Rate auch die anfänglich einflußreichere aristokratische Minderheit zurückgedrängt war, ein b a u e r l i c h - a u t o k r a t i s c h e s R e g i m e n t gegründet, dem das Patriziat und die Stadtbürgerschaft wie die aristokratischen Stände feindselig oder doch ohne große Achtung gegenüberstanden. Der Mangel an staats-männischer Erfahrung und ein starkes Selbstbewußtsein dieser Regierungsmänner verursachten Fehlgriffe und scharfe Auseinandersetzungen. Ihre Politik war eine eigen-tümliche Mischung von scharfem Josephinismus in kirchlichen Dingen, von helvetischem „Patrioten“-Geist und konservativ-bäuerlichen Tendenzen. Ihr guter Wille muß wohl anerkannt werden, auch manches Gute, das sie während ihrer zehnjährigen Regierung bewirkten. Vor allem im Finanzwesen, das unter der Leitung des ehemaligen Sempacher Schultheißen, helvetischen Volksver-

---

<sup>34)</sup> 28. April, 4., 9. Aug. 1813 an Usteri. Nach der Schlacht bei Lützen schrieb er: „Nie zeigte sich noch das Feldherrentalent Bonapartes überwiegender als bei dieser Schlacht.“ 19. Mai 1813.

treters und föderalistischen Statthalters Peter Genhart stand. Auch der erste Luzerner Schultheiß vom Lande, Dr. Heinrich Krauer, ein führender helvetischer „Patriot“, hatte gute staatsmännische Fähigkeiten. Beiden Führern der Landpartei aber fehlte es an diplomatischem Takt und manchmal auch an staatsmännischem Weitblick in der Wahl der Mittel. Manche Härte des neuen Regimes wurde übrigens gemildert durch den zweiten Schultheissen Vinzenz Rüttimann, Meyers Schwager. Er wurde aber in den ersten Jahren trotz seines Amtes von den Aristokratenfeinden Krauer, Genhart, Kilchmann und Schilliger in den Hintergrund gedrängt, weil sie das Uebergewicht der Stadt fürchteten.

Nach den Hoffnungen früherer Jahre und den Erfahrungen der helvetischen Zeit ist es begreiflich, daß Meyer, da er aus unfreiwilliger Zurückgezogenheit heraus die Vorgänge und leitenden Personen mit kritischem Auge beobachtete, die Schwächen und Fehler dunkler sah, als sie oft waren, und manches zu harte, selbst ungerechte Urteil fällte. Anderseits konnte er als nächster, geistig bedeutender Zeuge in seinen politischen Briefen an Usteri und in einigen Zeitungsartikeln wertvolle Aufschlüsse über die Luzerner Verhältnisse der Mediationszeit geben. Im Bunde mit dem unermüdlichen Publizisten wurde er indirekt der öffentliche Kritiker Luzerns durch die regelmäßigen Korrespondenzen Usteris in der weitverbreiteten „Allgemeinen Zeitung“ und in den „Europäischen Annalen“. <sup>35)</sup> Mit Spott und Hohn verfolgte Meyer die ersten Versuche der neuen Regenten. Heimlich hoffte er wohl, wie seine aristokratischen Standesgenossen, daß die großen Ereignisse bald wieder eine Änderung bringen werden. <sup>36)</sup> Im tiefsten Mißmut schrieb er in den ersten

---

<sup>35)</sup> Ueber die Haltung der Tagsatzung und der Kantonsregierungen gegenüber dieser Publizistik vergl. Oechsli I 624 ff.

<sup>36)</sup> „Unsere Herr[e]n sind voll großer Hoffnungen. [Schultheiß] Krus äußerte sich letzthin öffentlich, wenn man nur einmütig sei und

Monaten des neuen Regimes: „So wie die [Land]partei ihres Sieges und der Majorität gewisser wird, epuriert sie auch die öffentlichen Behörden, verwirft das Amalgamationssystem und schreitet vorwärts, uns in das vandatische Zeitalter zurückzuwerfen... Es wird mit jedem Tag... finsterer und trauriger um uns her... Ich weiß nicht, ob und wie diesem Rückgang Schranken gesetzt werden.“<sup>37)</sup> Die Spottlust fand Nahrung in den Polizeiverordnungen über das Verhalten während des Gottesdienstes, über das Fluchen, unsittliche Reden, Kegeln, Tanzen, Maskengehen, Trinken usw. und im Sittengesetz vom 26. September und 11. November 1803. Meyer nannte es das „unzüchtige Mandat“ und schickte es Usteri, der es im Wortlaut mit beißenden Glossen in der „Allgemeinen Zeitung“ dem Gespött des liberalen In- und Auslandes preisgab.<sup>38)</sup> Meyer schrieb selbst einen Artikel über die Polizeiverordnung; in einem zweiten Aufsatz behandelte er das Sittengesetz und die Ursachen der Entsittlichung.<sup>39)</sup>

---

zusammenhalte, so werde bald etwas Günstiges von oben herab (von Frankreich oder England?) kommen. Andere lassen sich verlauten, daß die Bauren nächstens wieder in ihre Kuhställe zurückgeschickt werden.“ 5. Juni 1803 an Usteri. — „Unsere Ehemaligen verlegen sich wieder einmal auf Staatsintrigen, und man glaubt, daß es auf eine Abänderung der obersten Behörden abgesehen sei...“ 19. Jan. 1804.

<sup>37)</sup> 30. Juni 1803 an Usteri.

<sup>38)</sup> „Allg. Zeitung“ 1803 Nr. 290, 297, 301, 321; 1804 Nr. 7, 9, 10. — Usteri bezeichnete das Mandat als ein „Scandalum ohne seinesgleichen“: „In jeder Hinsicht ist ein solches Mandat geeignet, Unsittlichkeit zu pflanzen und zu verbreiten.“ Er wünschte, daß für die A. Z. etwas Ernsthaftes über die sittlichen Verhältnisse des Kantons Luzern geschrieben und die wahren Quellen allfällig überhandnehmender Unsittlichkeit gezeigt werden. 19. Nov. 1803 an Meyer.

<sup>39)</sup> Usteri an ihn, 3., 26. Nov. 1803; er hatte die Artikel gekürzt und ihnen die größte Schärfe genommen. Meyer an Usteri, 24. Nov., mit der Manuskriptbeilage „Von der Schweizergrenze“. A. Z. Nr. 301, vom 30. Nov. Meyer nannte als Quellen der Unsittlichkeit: Armut, Mangel an Industrie, Vernachlässigung der Erziehung und Müßiggang. Vergl. Kas. Pfyffer II. 168.

Was er mit dieser öffentlichen Kritik bezweckte, zeigt der Satz: „Unterdessen bleibt doch nichts ander[e]s übrig, als diese Leute öffentlich zu prostituieren und lächerlich zu machen; nach und nach wird es doch wirken.“<sup>40)</sup> Das verhönte Sittengesetz wurde schon nach einigen Monaten auf Antrag des Schultheißen Rüttimann teilweise preisgegeben. — Auch das im Großen Rat lebhaft diskutierte Zehntloskaufgesetz, das Projekt eines Steuergesetzes, das Luxusgesetz, die Hutverordnung von 1806 und das Gesetz über die Zwangsrekrutierung für Napoleon kritisierte der Opponent.<sup>41)</sup>

Ende 1804 verursachte die Auffindung eines Briefkonzepts des aristokratischen Kleinrats Karl Pfyffer, welches von Aufstandsabsichten gegen das Bauernregiment sprach, einen aufsehenerregenden Hochverratsprozeß und die Ausstoßung Pfyffers aus dem Rate. Meyer hatte diese aristokratischen Umtriebe wiederholt verurteilt. Als Pfyffer vom Appellationsgericht freigesprochen wurde, sah er in diesem Urteil die Wirkung des Parteidestes und wünschte die Publikation der Akten: „Ich glaube, daß mit jedem Tag der Indifferentismus mehr und mehr gerechtfertigt wird, mit dem man unsere öffentlichen Staatsangelegenheiten betrachtet und sich weigert, auf irgendeine Art Anteil zu nehmen. Die Klasse Menschen in der Schweiz, die zum tiers état gerechnet werden könnten, haben überall kein Publikum für sich, und sie sind in zu kleiner Anzahl und allzu zerstreut, um ein Publikum bilden zu können; das war das große Meisterstück der Aristokratie und der Anarchie, die sich beide zu diesem Zweck vereinigten. Aber eben darum glaube ich

---

<sup>40)</sup> 12. Jan. 1804 an Usteri. Die rasche Wirkung bezeichnete dieser mit den Worten: „Ihre Regierung ist bereits das Gespött aller 18 andern.“ 11. Jan. 1804.

<sup>41)</sup> An Usteri, 29. Dez. 1803, 12. Jan., 19., 23. Febr., 22. März, 1. Nov. 1804, 1. Juni 1805. Keller an Usteri, 28. Okt. 1804, 1. Jan. 1805.

auch nicht, daß unser Land sich lange noch in diesem Zustand der Dinge erhalten kann.“<sup>42)</sup> Der Prozeß trug jedenfalls dazu bei, die Landpartei in der Regierung zu stärken und das Ansehen der Aristokraten zu untergraben. Im Herbst 1805 wurde nach dem Tode des gemäßigten Aristokraten Krus Dr. Heinrich Krauer zum Schultheiß gewählt, nachdem Genhart abgelehnt hatte.

Das Wessenbergische Konkordat vom 19. Februar 1806, die geheime Sendung Karl Martin Kopps nach Rom und der diplomatische Konflikt mit dem Nuntius Testaferrata gaben Meyer Stoff zu schadenfrohen Betrachtungen, trotzdem er weder für die Nuntiatur noch für die Kurie Sympathien hatte. Er schickte Usteri bei dieser Gelegenheit für die „Allgemeine Zeitung“ eine ausführliche, satirische Darstellung der gewaltsamen Rekrutierung, der Streitigkeiten wegen der Komturei Hitzkirch, der Verhandlungen mit dem Papst und der Rede Krauers.<sup>43)</sup> — Der Streit der Regierung mit dem Abt von St. Urban, mit dem Landammann und Schultheissen Rüttimann, dem eidgenössischen Kanzler Mousson und dem ganzen diplomatischen Korps verstärkte die Meinung Meyers, daß dieses Regiment bald fallen müsse. „Die öffentliche Meinung erklärt sich aufs lebhafteste gegen die Regierung“, schrieb er. „Es scheint mir zwar, daß sich mehr der Partegeist rege, als das Gefühl der gefährdeten Sicherheit durch eine Regierung, die sich

<sup>42)</sup> 7. Febr. 1805 und wiederholt an Usteri. Er fürchtete, daß die Aristokraten im Falle einer politischen Änderung vom andern Extrem aus liberale Einrichtungen ablehnen und das Volk vom Regen in die Traufe führen würden. 28. Mai 1805.

<sup>43)</sup> 11. Nov. 1807 an Usteri: „Krauers Rede im Großen Rat... erregt in hier eine allgemeine Sensation, und man sieht vor, daß dieses Kriegsmanifest den Herr[e]n eine große Demütigung und vielleicht gar eine Halsbrechung zuzi[eh]en könnte.“ Usteri verwertete nur einen Auszug des Artikels, weil er um der Sottisen Krauers willen die „gute Sache“ nicht preisgeben wollte. Krauer nannte er einen „diplomatischen Sudelkoch“. 20. Nov. an Meyer.

durch wiederholte Verletzungen bürgerlicher Rechte und durch offensichtliche Unfähigkeit jedes Zutrauens und jeder Achtung unwürdig macht... Im ganzen zeigt es sich nur zu sehr, daß wenn Frankreich nur einen Moment scheint sein Auge von uns abzuwenden, wir Gefahr laufen, einander bei den Köpfen zu nehmen.<sup>44)</sup> Auch bei der sog. Fahnen geschichte verspottete er die Regierung, die in der Schwärmerie einzelner Landleute eine Staatsgefahr sah und Truppen aufbot.<sup>45)</sup> — Scharf kritisierte er in den Jahren 1810 bis 1812 die Nachgiebigkeit beim Wachsen des französischen Druckes im Wirtschaftsleben und in der Truppenlieferung.<sup>46)</sup>

Die Verdienste der Mediationsregierung um das Schulwesen schätzte Meyer nicht hoch ein.<sup>47)</sup> Gegen den rationalistischen Exegeten Dereser, den die Regierung mit dem bischöflichen Kommissar Thaddäus Müller und dem Konstanzer Generalvikar Wessenberg in Schutz nahm, trat er mit öffentlichem Proteste auf und weigerte sich, seine Kinder weiter zu ihm in den Religionsunterricht zu schicken.<sup>48)</sup> Drei Tage nach dem aristokratischen

<sup>44)</sup> 7. Dez. 1808 und wiederholt an Usteri. Meyer berichtete ihm ausführlich über die St. Urban- und Mousson-Affäre. Zu der Uebergabe des eidg. Amts an den Freiburger d'Affry begleitete er seinen Schwager nach Burgdorf. 5. Jan. 1809. — Vergl. Pfyffer II 199 ff. Oechsli I 661 f.

<sup>45)</sup> 19. Sept., 4., 7., 21. Okt. 1809. — Pfyffer II. 212 ff.

<sup>46)</sup> Er warf der Regierung Härte in der Ausführung des Dekrets von Trianon vor, konnte sich aber für sein Haus wegen der Haussuchungen nicht beklagen. 13. Okt. 1810 und wiederholt an Usteri.

<sup>47)</sup> „Das Priesterseminar... ist in seiner Form, Disziplin und beabsichtigten Wirkung eine so verfehlte Sache, daß man durch Worte allein das Urteil, so darüber ausgesprochen ist, nicht wird ändern können. Das größte Kunststück aber von allem ist noch das Schulmeisterseminarium, in welchem man in [der] Zeit von 4 à 6 Wochen grundgelehrte Schulmeister bildet und sie in die 50 Schulhäuser und so viele Schulstuben schickt, um Licht, Wahrheit und die wahre Lehre zu verbreiten.“ 7. Nov. 1812 an Usteri.

<sup>48)</sup> Er nannte Dereser einen elenden, verachtungswürdigen Mann,

Staatsstreich beantragte er dann der provisorischen Regierungskommission, Prof. Dereser auf schickliche Weise von seiner Stelle zu entfernen.<sup>49)</sup> Die Folge der Dereser-Affäre war, daß die Urkantone ihre Theologiestudenten vom Luzerner Priesterseminar zurückzogen und die Los-trennung vom Bistum Wessenbergs begehrten. Meyer machte die Mediationsregierung dafür verantwortlich.<sup>50)</sup> Seine Haltung gegen Dereser, Wessenberg und Müller hatte ihren Grund weniger in der veränderten religiösen Gesinnung, als vielmehr in der politischen Oppositionslust. Diese wuchs sich im Laufe des Jahres 1813, als das System Napoleons zusammenbrach, immer mehr zur Tat aus und führte ihn zu Beginn des großen Reaktionsjahres 1814 an die Spitze der Aristokraten, die im Staatsstreich die Mediationsregierung stürzten.

---

### Die Wiederherstellung des aristokratischen Regiments in Luzern und des Staatenbundes in der Schweiz.

#### Psychologische und politische Voraussetzungen.

Meyers scharf kritische, oft einseitige Einstellung zu den politischen Verhältnissen und Ereignissen der Mediationszeit und die sonstigen brieflichen Aeußerungen dieser

---

der sich in der öffentlichen Meinung zugrunde richte, sowohl durch seinen katechetischen Unterricht, in dem er Mädchen von 6 bis 9 Jahren in den Mädchenschulen die Schwangerschaft und den Geburtsvorgang erkläre, als auch durch seine Bibelerklärung, bei der er sich anstoßige Blößen gegeben und Mangel an festen Grundsätzen gezeigt habe. „Viel Unangenehmes fällt dabei auf Wessenberg zurück, der den Dereser hier anstellte und ihn auch zu beschützen scheint... Ohnehin ist W[essenberg] durch sein unkluges Benehmen und seinen Reformationsgeist sehr gesunken. Seine Ansichten mögen wohl gut sein; aber seine Schritte haben das Gepräg einer unerfahrenen Jugend, des Mangels an Welt- und Menschenkenntnis und der ruhigen Ueberlegung.“ 30. Dez. 1812, 10. Jan. 1813 an Usteri.

<sup>49)</sup> Protokoll der prov. Regierungskommission, 19. Febr. 1814.  
St. A. L.

<sup>50)</sup> 20. März 1813 an Usteri. Pfyffer II 218 ff.

Periode erklären uns die scheinbar extreme Wendung in seiner Welt- und Staatsauffassung. Betrachten wir vorerst seine Weltanschauung. Wir haben sie beim Beginn seiner helvetischen Tätigkeit als ein wesentlich von den französischen Aufklärungsphilosophen, von Kant und dem frühen Fichte beeinflußtes Freidenkertum kennen gelernt. Freidenker ist Meyer auch 1814 noch, aber in manchen Beziehungen gemäßigter. Seine religiöse Auffassung hat sich inzwischen vom indifferenten Deismus zum positiven Gottesglauben geneigt. „Die Welt ist nie blinder und einfältiger, als wenn sie sich recht weise dünkt, vor lauter Gelehrtheit aufgedunsen ist [und] gar nichts glauben will, als was ihre eigene Weisheit ihr aufstellt“, schrieb er 1812.<sup>51)</sup> Er wollte nun auf katholischem Boden stehen, konnte sich aber zeitlebens von josephinistischen Ansichten nicht freimachen. Als 1803 die Tagsatzung der katholischen Kirche und ihren Einrichtungen wieder mehr Freiheit gab, bezeichnete er die Begünstigung von Bischöfen und Mönchen als einen Widerspruch zum liberalen Zeitgeist und als Erniedrigung zur Denkart des Pöbels.<sup>52)</sup> Doch diesen freigeistigen Anschauungen gegenüber wurde er als gereifter Mann skeptischer, besonders da er die Wirksamkeit des Rationalisten Dereser an seinen eigenen Kindern sah. Auch Wessenbergs Reformideen betrachtete er nun kritischer: „Aufklärung, Verbreitung des Lichts, liberale Grundsätze sind banale Worte, die mächtigen Einfluß auf ihn zu haben scheinen...; aber dürfte es nicht der Fall sein..., daß er in den Reformationsgeist übergeht, ohne ältere und neuere Erfahrungen zu berücksichtigen, noch die Wirkung zu beobachten, die

<sup>51)</sup> An Usteri, 17. Juni 1812.

<sup>52)</sup> „Das Mönchtum stürzte sich selbst durch seine Ausartung und den widernatürlichen Zustand, in den es den Menschen preßt“, schrieb er am 18. Juli und 1. Aug. 1804; er sah damals noch mit der Geschichtsauffassung der Aufklärung im Mittelalter die Zeit der Unwissenheit, des Faustrechts und der Finsternis.

dadurch hervorgebracht werden? Es zeugt überhaupt von einem großen Mangel an Einsicht und Reife des Verstandes, wenn man nicht in dem, so existiert, die Erregungsmittel aufsucht... und vorzieht, einen revolutionären Weg in dem Geist der Reformation einzuschlagen.“<sup>53)</sup> Es zeigte sich bei der Dereser-Affäre, daß Meyer in seiner Weltanschauung den Konsequenzen, die Fichte und die andern Nachfolger aus der Philosophie Kants zogen, nicht folgte, sondern andere Grundlagen suchte, allerdings ohne zu allseitiger und letzter Klarheit zu kommen. Fichtes „Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters“ z. B. beurteilte er wesentlich kühler als früher dessen Rechtfertigung der französischen Revolution.<sup>54)</sup> Schelling und die Naturphilosophie lehnte er rundweg ab.<sup>55)</sup>

Meyers Stellung zur politischen Reaktion von 1814 ist mehr durch die Tatsachen und die

---

<sup>53)</sup> 12. Mai 1813 an Usteri. — Wessenberg besuchte Meyer am 18. Mai 1813. — Daß Meyer jetzt auf katholischem Boden stehen wollte, zeigt auch die Bemerkung gegenüber Usteri über die Schrift des Sailer-Schülers Widmer gegen Prof. Schultheß und Dereser: „Die Verschiedenheit unserer Ansicht über Widmers Broschüre mag einzig von der Verschiedenheit des Standpunktes herrühren, auf den wir uns stellen. Widmer geht vom katholischen Lehrbegriff aus... Sofern er nun in Hinsicht dieses Lehrbegriffs richtig folgert, so sind auch seine Antworten auf Schultheß und seine Bemerkungen auf das Unwesen, das man einzuführen gedenkt, richtig...“ 19. Mai 1813. — Nach dem Tode von Usteris Gattin schrieb er: „... Wir werden, lieber Freund, unsere Gattinnen einst dort [oben] wiederfinden, und wir wollen den Rest des Lebens verwenden, uns dazu immer würdiger zu machen.“ 30. Okt. 1813.

<sup>54)</sup> „Er sagt sehr viel Gewöhnliches. Die Form mag philosophischer als die Materie sein; mitunter aber finde ich gediegene Goldkörner.“ An Usteri, 8. April 1807.

<sup>55)</sup> „Die neuere Philosophie hat wahrlich die Köpfe vieler junger Leute verrückt, die einer großen Bildung würden fähig gewesen sein.“ 21. Jan. 1812 an Usteri. Am 29. Febr. 1812 redet er von „naturphilosophischem Wust“. 25. Mai 1814: „Diese Naturphilosophen sind wirklich ein erbärmliches Zeug für die wirkliche Welt.“ (Mit Bezug auf Dr. J. P. V. Troxler.)

Erfahrung beeinflußt, als durch die Theorie. Er steht in seiner politischen Wandlung keineswegs vereinzelt da; denken wir an Karl Ludwig von Haller, an Joseph Görres, usw. Die Schweiz, die sowohl den Vater der Revolution als den Theoretiker der Restauration hervorgebracht hatte, machte in der Kleinheit ihrer Verhältnisse die Gegensätzlichkeit der revolutionären Ideen und der geschichtlichen Werte stärker fühlbar als andere Staaten. Für Meyer war die helvetische Revolution und seine führende Tätigkeit in ihrem Geiste in mancher Beziehung eine Enttäuschung geworden. Die weitere Beobachtung und die Lektüre politischer und geschichtlicher Werke führte zur kritischen Betrachtung dieser Jahre und ihrer Mißerfolge.<sup>56)</sup> Die gewaltigen Ereignisse zur Zeit des französischen Imperialismus erschütterten ihn tief und stellten ihm immer neue Fragen, die er nicht mehr mit dem glücklichen Optimismus seiner Jugendzeit lösen konnte. „Ich werde über vieles ganz irre und bestrebe mich, auf den Grund des Irrtums zu kommen“, schrieb er Ende 1812.<sup>57)</sup> Mit dem nüchternen Blick des Realpolitikers verfolgte er nun die Erscheinungen des Tages.<sup>58)</sup> Dabei leitete ihn allerdings — oft unbewußt — das Gefühl des geborenen Regenten — des Aristokra-

<sup>56)</sup> Er las während der zehn Jahre seines Privatstandes hauptsächlich geschichtlich-politische Schriften, u. a.: Machiavelli (1803), Besenvals Memoiren (1805), Zschokkes geschichtliche Arbeiten (1806), Dietrich Bülow's „Geschichte des Krieges von 1805“, Sismondis Geschichte der italienischen Republik (1807), d'Antraigues' „Polybe“, eine Schmähsschrift auf Napoleon (1806), Johannes von Müllers damals erscheinende Schweizergeschichte, Humes Geschichte Wilhelms des Eroberers und seiner Nachfolger (1813), auch Tacitus als Trost in der Zeit der napoleonischen Gewaltherrschaft usw. Hallers berühmtes „Handbuch der allgemeinen Staatenkunde“ hatte er 1821 noch nicht gelesen.

<sup>57)</sup> 12. Dez. 1812 an Usteri.

<sup>58)</sup> „Uebersinnliche Raffinerien haben unsere Köpfe verwirrt... Daher die Kopf- und Charakterlosigkeit unser[e]s Jahrhunderts.“ 1. Jan. 1812 an Usteri.

ten im ursprünglichsten griechischen Sinne — ein Gefühl, das während der Helvetik auch in der Zielsetzung und Haltung der „Republikaner“ mit gewissen Modifikationen sich geltend gemacht hatte. Die Zertrümmerung des geschichtlich Gewordenen durch die revolutionäre Persönlichkeit Napoleons lenkte dieses aristokratische Gefühl Meyers immer mehr zur Tradition, zur Eigenart des Volkes hin, und die Entwicklung des militärischen Despotismus unter dem Soldatenkaiser verstärkte in ihm auch die Abwendung von der Grundlage der Macht Napoleons: der Revolution. Mehr noch als der allgemeine Gang der Ereignisse bewirkte die Betrachtung der politischen Zustände und Geschehnisse seiner nächsten Umgebung die Hinneigung zur alten Legitimität. Das Auftreten der bürgerlichen Regenten, die er als homines novi zum vornherein als unfähig fürs Regieren ansah, erweckte in ihm Spott und Bitterkeit und schließlich aktive Feindschaft, als der günstige Moment zur Beseitigung des von ihm verachteten Regiments gekommen zu sein schien. Immerhin wollte Meyer bei dieser Rückkehr zum geschichtlichen Recht nicht Wiederherstellung der alten Zustände, wie sie waren; er hoffte, den liberalen Geist und die wichtigsten Errungenschaften der Aufklärung und Revolution auch im aristokratischen Staate autoritativ zur Geltung bringen zu können. Auch nach dem aristokratischen Staatsstreich noch war ihm das Einheitssystem der Schweiz das theoretische Ideal; doch schien ihm die Zeit für dessen Verwirklichung nun vorüber zu sein. Durch die nächstliegenden Verhältnisse und die Zeitströmung wurde er immer mehr auf den Boden der alten Eidgenossenschaft und der kantonalen Selbständigkeit gezogen. Manches in seinem politischen Denken und Handeln in diesen Uebergangsjahren bleibt unklar und widersprüchsvoll. Im ganzen bedeutet Franz Bernhard Meyers veränderte Stellung von 1814 nicht den Bruch mit seinen bisherigen Anschauungen oder den Abschluß einer reaktionären

Entwicklung, auch nicht bloßen Opportunismus und persönliche Machtgier, sondern starke Neigung zum Konservativismus, bewirkt durch die ganze Zeitlage, durch realpolitisches Denken und die Erfahrung. Seine brieflichen Aeußerungen bei der Umgestaltung mögen uns das noch deutlicher zeigen.

### Führer der Reaktion in Luzern.

Als Rußland den entscheidenden Krieg gegen den Herrscher Europas wagte, betrachtete ihn Meyer als den Kampf für die Freiheit Europas gegen den Despotismus und die Universalmonarchie Napoleons, wie er vor fünfzehn Jahren den Kampf Frankreichs gegen den östlichen Absolutismus als einen Befreiungskampf begeistert begrüßt hatte.<sup>59)</sup> Und weil sich dann infolge der Niederlage der Großen Armee am Anfang des Jahres 1813 die Reaktionsgelüste in der Schweiz stärker zu regen begannen, suchte er mit seiner Umgebung engere politische Fühlung. Bei seinem Schwager und früheren Parteifreunde Schultheiß Rüttimann fand er vorläufig für ein bestimmtes Vorgehen keinen Anklang. Die Mediationsregenten aber besorgten jetzt schon Umtriebe der Ehemaligen.<sup>60)</sup> Die vertraulichen Besprechungen im aristokratischen Kreise mehrten sich im Herbst, als Napoleon in Deutschland um den Bestand seines Reiches kämpfte. Meyer verhielt sich noch passiv, würdigte aber die Beweggründe der Unzufriedenen vollauf.<sup>61)</sup> Er schrieb in diesen Tagen der wachsenden politischen Spannung: „Ich vermute, daß man das Alte hervorsuchen werde, dem Herkommen, Alter und Gewohnheit das Siegel der Ehrfurcht aufdrückte[n] und das

<sup>59)</sup> An Usteri, 17. Okt. 1812.

<sup>60)</sup> 13. Jan. 1813 an Usteri. 14. April: „Schultheiß Krauer soll eine Rede gehalten haben, in der er von Komplotten und Verschwörungen der Ehemaligen sprach.“

<sup>61)</sup> „Man leidet. Die Mediation entspricht nicht den Hoffnungen, den Wünschen und Bedürfnissen des Landes.“ 8. Sept. 1813 an Usteri.

nicht in sich zusammenfiel, sondern gewalttätig zusammen-gestürzt wurde ... Ich glaube, daß [es] jeder kantonalen Regierung überlassen würde, jene Verfügungen zu treffen, die Erfahrungen, Zeitumstände usw. erfordern könnten und in welchen alles das aufgenommen werden könnte, was in Neuem sich bewährt, gut gezeigt hätte ... Sollen wir zuwarten, daß fremde Waffen die gegenwärtigen Regierungen gewalttätig aufheben und andere einsetzen? Die Folgen davon wären so entehrend für uns, als für die Zukunft ruhestörend, unsicher und unsfern politischen Verhältnissen nachteilig. Es ist daher besser, wir machen durch uns, was wir vorsehen, daß unvermeidlich geschehen wird, und treten dann mit den All[i]ierten in Verbindung ein, welcher wir nicht entgehen können.“<sup>62)</sup> Die Erhaltung der Unabhängigkeit war Meyer auch jetzt, wie 1798, mehr als bloßer Vorwand zur politischen Umgestaltung. Er wollte die Reaktion vor Extremen bewahren und mit einer systematischen Umgestaltung gefährlichen Parteikampf und Auflösung verhüten. Durch sein persönliches Eingreifen hoffte er verhindern zu können, daß Intriganten und extreme Leute die Staatsreform durchführen. „Ich kann und darf nicht länger untätig bleiben, so wenig ich Lust und Neigung fühle, in dieses Gewühl einzutreten“, schrieb er darum am 29. Dezember 1813.<sup>63)</sup> Er hatte inzwischen mit seinen Standes- und Parteigenossen die allgemeine Möglichkeit besprochen, die Mediationsregierung

---

<sup>62)</sup> An Usteri, 18. Dez. 1813. Aehnlich am 23. und 28. Dez.: „... Es scheint mir auch nicht wahrscheinlich, daß die All[i]ierten die Ehemaligen, einen noch immer durch Geburt, Erziehung und persönliches Ansehen achtbaren Teil unserer Nation, aufopfern werden ...“

<sup>63)</sup> An Usteri. — Schultheiß Krauer hatte am 17. Dez. an Jos. Ant. Balthasar in Aarau geschrieben: „Freilich gibt es auch Leute, die den Krieg in ihr Vaterland hineinzuziehen wünschen, besonders hier in der Stadt; diese halten die Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge [für] so gewiß, daß sie sich schon jetzt mit der Besetzung der herkömmlichen Aemter ohne Rückhalt beschäftigen.“ Am 29. Dez.: „Bernard M[eyer] ist tätig; es hat den Anschein, er wolle

zu stürzen. Ueber die Art des Vorgehens war man noch unschlüssig. Darum wurden zwei der Ehemaligen, Xaver Schwytzer und Ludwig Balthasar, zur Erkundigung nach Zürich geschickt, wo am 29. Dezember die Vertreter von zehn alten Ständen die Mediationsakte preisgegeben und einen provisorischen Bundesverein beschlossen hatten.<sup>64)</sup> Die Abgeordneten legten den Agenten der Alliierten, Lebzeltern und Capo d'Istria, eine Denkschrift der Ehemaligen vor. Schultheiß Rüttimann, der an der eidgenössischen Versammlung teilnahm, unterstützte sie jetzt persönlich. Mit diesem Schritt, welcher der Regierung nicht verborgen blieb, war der Kampf, der zum Staatsstreich führte, eröffnet.<sup>65)</sup>

Meyer sprach sich auch jetzt noch gegen jeden Staatsstreich aus, wünschte aber eine bestimmte Erklärung der austro-russischen Agenten und des Vororts Zürich, um damit auf die Luzerner Regierung einen Druck ausüben zu können und sie zur Abdankung zu bringen. „Sobald wir uns einmal versammeln können, so wird die Sache eingeleitet und vollendet werden, ohne Stöße und Verwirrung, weil die Leute sich ergeben werden, sobald sie sehen, daß es ernst gilt“, schrieb er zuversichtlich.<sup>66)</sup> Durch die erfolgreiche Reaktion in Bern, Solothurn und Freiburg wurden die Luzerner Patrizier immer mehr er-

---

sich an die Spitze einer Partei stellen... Er hat häufige Besuche, zumal des Nachts.“ — Am 4. Jan. 1814: „Die Stimmung auf dem Lande ist gut und in der Stadt eben nicht schlimm. Die Nachtgesellschaft bei F. B. Meyer hat nicht viel zu bedeuten... Hier blieb bisher die Ruhe ungestört, und die wenigen Unzufriedenen getrauen sich nicht, ihr Vorhaben auszuführen, weil die Regierung wacht.“ — Der Kleine Rat hatte schon am 21. Dez. nach dem Einmarsch der Alliierten eine „Standeskommission“ mit Krauer, Genhart, Schilliger usw. gebildet und Truppen in die Stadt berufen. Pfyffer II. 287.

<sup>64)</sup> Meyer an Usteri, 31. Dez. 1813; Krauer an J. A. Balthasar, 4. Jan. 1814.

<sup>65)</sup> Vergl. zum Verlauf Pfyffer II 283 ff., Oechsli II 79 ff., meine Rüttimann-Biographie, Gfd. 78 Bd. 131 ff., S.-A. 107 ff. und die dort zitierten speziellen Darstellungen.

<sup>66)</sup> An Usteri, 29. Dez. 1813, 5. Jan. 1814.

muntert; war doch Luzern nun noch die einzige Aristokratenstadt, die unter nichtpatrizischem Regemente stand. Im Laufe des Januars 1814 wirkten die fremden Diplomaten bei den Tagsatzungsgesandten in Zürich immer deutlicher auf eine Revision der Kantonsverfassungen hin, ebenso Landammann Reinhard. Die eidgenössische Versammlung, die am 11. Februar nach der vorläufigen Beratung eines Bundesentwurfs auseinanderging, richtete an die Kantone eine entsprechende Aufforderung.<sup>67)</sup>

Meyer trat den Vermittlungsversuchen seines Schwagers Rüttimann und des Vororts Zürich anfänglich entgegen: „Man gehe doch um Gotteswillen nicht zu weit. Alle neuen Verfassungen taugen nichts. Sie sind ohne Ansehen, ohne Kraft. Die vielfältigen Versuche der Amalgame, die wir während der Revolution machten, waren immer nur ein Gärungsstoff... In dem Kampf des Alten und des Neuen kann kein Mittelding ausgemittelt werden... Wenn man nicht kraftvolle Regierungen will, so ist das Land nicht bloß allen revolutionären Bewegungen ausgesetzt, sondern auch bei jedem Kriegswandel dem gefährlichsten Einfluß des Auslands... Ich sehe kein Heil mehr vor als in den alten Formen, die mit Einschaltungen liberaler Grundsätze und Verbesserungen des Zeitgeistes verjüngert und verstärkt werden. Aber diese Veränderungen müssen durch die Ehemaligen selbst gemacht werden, damit ihr Wille sie selbst binde, und die Wahlen müssen von ihnen ausgehen, damit nicht heterogene Ag[g]regate die Kraft in sich zerstören. Man überlasse jedem Kanton die ihm eigene Form nach seiner örtlichen Konvenienz.“<sup>68)</sup> „Schläge und Gewaltstreiche wollen wir durchaus vermeiden; aber auch des Bauernregiments und der Wähler wollen wir los werden“, schrieb er an Dr. Ebel

---

<sup>67)</sup> Vgl. den offiziellen Bericht Lebzelterns, der den Mediationsregenten in Luzern sehr ungünstig war, bei Oechsli II. 103.

<sup>68)</sup> An Usteri, 8. Jan. 1814. — Schultheiß Rüttimann schrieb am 3. Januar von Zürich aus an den Staatsschreiber Amrhyn: „Ich teile ganz mit Ihnen die Ansicht, daß alles Ausschließliche nicht das ist,

in Zürich und ersuchte den einflußreichen Mann, bei Lebzeltern Fürsprache einzulegen, damit dieser die von den Ehemaligen eingereichte Denkschrift lese und eine günstige Antwort gebe.<sup>69)</sup> Usteri gegenüber rechtfertigte er die Anknüpfung von Beziehungen mit den austro - russischen Agenten mit der Unruhe einiger Ehemaligen, die nur dadurch zurückgehalten werden konnten, daß man sie auf die Notwendigkeit der Uebereinstimmung mit den Vertretern der Alliierten hinwies. Die unbedeutende diplomatische Antwort Lebzelters und Capo d'Istrias aber befriedigte ihn nicht, weil sie bloß auf den kommenden Moment und auf ein bezügliches Zirkular des Landammanns Reinhard hinwies.<sup>70)</sup> Auch die Haltung Zürichs und der eidgenössischen Versammlung mißfiel ihm. Daß diese und die Mediationsregierungen die Reorganisation durchführen wollten, schien ihm verfehlt, da die nachfolgende Regierung sich nicht durch die vorausgehende Gesetze vorschreiben lassen wolle. „Man wollte sich noch im Kreise der Revolution bewegen und vergaß, daß man das Ende der Revolution bewirken sollte . . . Die Umstände können die Gewalt und das Aufdringen eines fremden Gesetzes begünstigen, dem der Schrecken sich unterwerfen wird. Aber das Schicksal der Mediationsakte kündet jenes an, welches jede Verfassung

---

was die Zeitumstände fordern. Aber wenn das Volk oder das Land politische Rechte, die es einmal hat, fortbehaupten will und soll, so kommt der kultivierte Teil der Nation: der Städter, der Bürger, der ehemalige Regent nach den Ansichten der Fürsten, die das Schicksal Europas nun bestimmen, auch mit in Anschlag . . .“ Am 12. Januar, nachdem er seinen Mitgesandten Genhart vergeblich für einen Mittelweg zu gewinnen versucht hatte: „. . . Man hat uns nicht viel Rechnung tragen wollen und ist in Persönlichkeiten eingetreten; da muß ich stehen bleiben. Ich wundere mich nicht, daß man mich verdächtigt; es ist eine bekannte Waffe . . . Das Vaterland ist in Gärung. So kann es nicht länger bleiben. Ruhiges Abwarten, was [sich] bald muß entscheiden, scheint mir das Weiseste.“ Korr. J. K. A. K. B. L.

<sup>69)</sup> 5. Jan. 1814.

<sup>70)</sup> 11. Jan. 1814 an Usteri; 13. Jan. an Ebel.

haben wird, die nicht national sein wird, das ist: den Ge-wohnheiten und dem Geist des Volks, in denen es heran-reifte, angemessen ist. Mag auch in diesem Nationalen noch viel Holperiches und Rauhes den Gebildeten ärgern, so wollen wir das für einmal übersehen. Vermögen wir nur die wichtigsten luminosen Punkte zu retten und das Stillschweigen der Leidenschaften zu bewirken, so wird auch jenes in zeitgemäßer Bildung sich ausebnen und ab-feilen. Aber die liberalste Form und die Grundlage einer Reihe der vortrefflichsten Grundsätze werden ein toter Buchstabe sein, wenn ein Dorn im Fleische steckt, der den Körper beunruhigt und die Sorgen des Geistes dahin richtet... Es scheint mir immer deutlicher, daß die All[i]ierten zusehen wollen, ob und wie die Schweiz sich wieder reorganisieren könne. Machen wir durch uns etwas Verständiges, das der Staatsmaxime der übrigen europäischen Mächte entsprechen kann, so dürfte es beim Friedensschluß genehmigt werden. Würden wir aber bis dahin in Verwirrung und Kampf unter uns bleiben, dann wäre unser Los um so trauriger, da es von der Laune der Konvenienz beim Friedensabschluß abhängen würde.“<sup>71)</sup> Die energischen Abwehrmaßnahmen der Mediations-regierung erbitterten Meyer immer mehr.<sup>72)</sup>

Als der Große Rat die Verfassungsrevision vorläufig ablehnte und Ruhestörern mit Strafen drohte, während die Regierung die Truppen in der Stadt verstärkte, beschlossen

<sup>71)</sup> 13. Jan. 1814 an Usteri. Vergl. dazu auch die Rede Kellers im Großen Rate. 2. Beilage zur „Kurzen Darstellung der Regierungs-Aenderung des Kts. Luzern im Jahr 1814“.

<sup>72)</sup> Usteri an ihn, 19. Jan. 1814: „Es muß nun bei Ihnen brechen, und ich wünsche, daß es bald geschehe; das will sagen: im ersten Moment, wo Verstand und Tugend siegen mögen.“ — Krauer an Balthasar, 23. Jan.: „Die Regierung hat links und rechts zu kämpfen; deswegen hat sie einige Truppen in die Stadt gezogen, was man ihr sehr übel nimmt und sagt: Nous sommes sous les bayonettes. Was zu Solothurn vorgegangen, wird hier so leicht nicht geschehen.“ — Einmal soll im Kleinen Rat davon geredet worden sein, Meyer, Schwytzer und Balthasar zu verhaften. Meyer an Usteri, 18. Jan.

die Aristokraten offen vorzugehen und eine Entscheidung zu erzwingen.<sup>73)</sup> Franz Bernhard Meyer verfaßte am 19. Januar 1814 unter dem Drucke der hitzigeren Reaktionäre eine *Zuschrift an die Regierung*, die von 21 ehemaligen Räten, die nicht in den Mediationsbehörden saßen, unterzeichnet wurde. Die Petitionäre beriefen sich auf die Abschaffung der Mediationsakte. Durch den provisorischen Zustand — sagten sie — werden Spannungen und Bewegungen veranlaßt. Die provisorische Regierung müsse also selbst wünschen, daß bald eine verfassungsmäßige eingesetzt werde. Die Aufhebung des Mediationszustands aber führe notwendig zur Wiedereinführung der vorrevolutionären Ordnung; ein Zwischending sei nicht möglich. Fremde Einmischung müsse vermieden werden. Die Rückkehr zum vorrevolutionären Zustand, der „das Werk von Jahrhunderten — nicht das Werk einer theoretischen Bearbeitung — der Erfahrungen, der zeitgemäßen Einrichtungen“ sei, erweise sich als ebenso gerecht als wohltätig für das Land nach sechzehn Jahren der Fremdherrschaft und des revolutionären Zustandes. Das Volk habe die Anhänglichkeit an die alte Ordnung immer geäußert. Die wiederhergestellte Regierung werde eingeschlichene Mißbräuche abschaffen und eine Repräsentation der Verdienste, der Kenntnisse und der Erziehung aufstellen, die nicht auf einige Familien beschränkt werde, sondern alle Klassen und Stände umfassen solle. Das Gute, das in stürmischer Zeit sich gebildet und bewährt habe, solle beibehalten werden. Die Restauration erstrebe die Versöhnung, den Fortschritt der Kultur und Zivilisation, die Bildung des Volkes, Ruhe und persönliche Sicherheit gegen Reaktionen und Verfolgungen. Mit dem Hinweis auf das Beispiel von Bern, Solothurn und Freiburg wurde die jetzige Regierung aufgefordert, ihre Gewalt in die Hände der ehemaligen Regenten niederzulegen. Die Unterzeichneten versicherten, sie wollen sich ihr Recht nicht

---

<sup>73)</sup> Meyer an Usteri, 20. Jan. 1814. — Pfyffer II 290 ff.

mit Gewalt holen; sie stehen aber unter dem Schutze der Eidgenossenschaft und der Alliierten.<sup>74)</sup>

Am 21. Januar wurden die Unterzeichner vor die Standeskommission berufen und einzeln über ihre Absichten befragt. Sie erklärten, daß die Zuschrift keine Drohung oder Beleidigung sein wolle, worauf der Kleine Rat sich fernerne Verfügungen gegen Verfasser und Unterzeichner der stellenweise strafwürdigen Zuschrift vorbehielt.<sup>75)</sup> Am folgenden Tage kam Rüttimann mit seinen zwei Mitgesandten von Zürich zurück und brachte den Vermittlungsvorschlag Reinhards, eine gemischte Verfassungskommission unter dem Vorsitz Rüttimanns zu bilden. Der Große Rat nahm — trotz der Fürsprache Kellers — diesen Vorschlag nicht an. Er überwies die Angelegenheit dem Kleinen Rat und beauftragte ihn zugleich, mit allen verfügbaren Mitteln Gehorsam und Ruhe zu sichern. Der Kleine Rat bestellte dann aus seiner Mitte eine fünfgliedrige Verfassungskommission, welche die fünf Führer der Ehemaligen, drei Stadtbürger und einen Vertreter vom Lande zuzog.<sup>76)</sup> Doch die Meinungen dieser

<sup>74)</sup> Das Original St. A. L. Fach 2, Fasc. 7. — Ratsprotokoll 30, 20. Jan. 1814. Der Kleine Rat, „über diese ebenso unerwartete, als höchst auffallende Aufforderung entrüstet“, wies sie an die Standeskommission. — Meyer an Usteri, 20. Jan.: „Will die Regierung sich auf eine gute Art bequemen, so ist es das einzige Mittel ihres Heils. Im entgegengesetzten Fall können wir nichts mehr hindern und können auch für keine Folgen gutstehen.“ Den Grund der Entstehung dieser Zuschrift gibt die folgende Briefstelle an: „Alles war zum Ausbruch bereit, und man erklärte uns, daß wenn wir nicht handeln wollen oder können, so werde die Sache ohne uns ausgeführt werden. Wir hatten kein Mittel mehr, gewalttätige Schritte zurückzuhalten, als uns zu erklären, damit die hitzigen Köpfe sich beruhigen.“ 22. Jan. Usteri sandte die Zuschrift vollinhaltlich der „Allgemeinen Zeitung“.

<sup>75)</sup> Ratsprotokoll 30, 22. Jan. 1814. — Pfyffer II 291 ff.

<sup>76)</sup> Ratsprotokoll 30, 22. Jan. — Gfd. 78. Bd. 136 ff. S.-A. 112 ff. — Meyer war einer Vertretung des „Pöbels der Bürgerschaft“ sehr abgeneigt: „Es scheint, als beabsichtige man geflissentlich die verkehrtesten Wege einzuschlagen, um uns immer mehr in größere Verwirrung zu bringen.“ An Usteri, 22. Jan.

Kommission gingen bezüglich der Grundlagen der Verfassungsrevision sofort auseinander; Meyer und Keller verlangten als Grundlage den vorrevolutionären Zustand, während die Regierungsmitglieder auf der bestehenden Verfassung beharrten.<sup>77)</sup> Darum machte Reinhard neue Vorschläge. Als auch diese nicht angenommen wurden, lud er den Schultheißen mit zwei andern Vertretern der Mediationsregierung, zwei Mitgliedern der ehemaligen Regierung und einem Vertreter der Stadtbürgerschaft, zur Besprechung nach Zürich. So fanden sich am 30. Januar die drei Regierungsvertreter mit Xaver Keller, Fr. B. Meyer und Dr. Gloggner dort ein und besprachen sich mit Reinhard, mit Lebzeltern und Capo d'Istria, die ihnen einen Großen Rat von hundert Mitgliedern vorschlugen, der zur Hälfte durch die Landschaft und zur Hälfte durch die Stadt gebildet werden sollte. Die Regierungsvertreter wiesen dieses Ansinnen zurück, mit Berufung auf Einwohnerzahl und Steuerkraft in Stadt und Land. Die Verhandlungen verliefen fruchtlos.<sup>78)</sup> Auch eine zweite Sitzung der Verfassungskommission vom 7. Februar endete im Streit.<sup>79)</sup> Der Große Rat verwarf am 12. Februar mit 33 gegen 15 Stimmen den Vorschlag Reinhards und der Minister und gab dem Kleinen Rat Auftrag zur Verfassungsrevision. Dieser bestellte eine neue Ver-

---

<sup>77)</sup> Ausführlicher Bericht Meyers an Usteri, 26. Jan. — Krauer an Balthasar, 24. und 27. Jan. — Ratsprotokoll 30, 26. Jan. 1814. Prot. der prov. Regierungskommission; geschichtliche Einleitung.

<sup>78)</sup> Bericht Rüttimanns im Kleinen Rat. R. P. 30, 4. Febr. 1814. Rüttimann wünschte, der Kleine Rat möge die Vorschläge Reinhards annehmen. Der Rat beschloß die Berufung des Großen Rats auf den 12. Febr. — Krauer an Balthasar, 5. Febr.: „Meyer spielte auch diesmal die Rolle eines unbiegsamen, erbitterten Aristokraten, was jedem, der des Exministers Benehmen während der helvetischen Regierung kannte, nicht wenig auffallen [muß]... Keller war gemäßiger.“ 12. Febr.: „Meyers ungestümes Vorgehen entfremdet ihn selbst der Bürgerschaft und einem Teil der Ehemaligen.“

<sup>79)</sup> R. P. 30, 7. und 9. Febr. 1814. Meyer an Usteri, 12. Febr.

fassungskommission aus fünf Regierungsmitgliedern unter dem Vorsitz Rüttimanns.<sup>80)</sup>

Nach dem negativen Entscheid des Großen Rates versammelten sich am 13. Februar die Mitglieder der ehemaligen Regierung. Sie bestellten eine fünfgliedrige Kommission. Meyer entwarf eine Erklärung an Reinhard und die Minister, in der wegen des Ergebnisses der Zürcher Konferenzen Bedenken geäußert wurden, aber um der äußern Sicherheit der Schweiz und der damit verbundenen Ruhe im Innern willen Reinhards Vorschlag für die Zusammensetzung des Großen Rats angenommen wurde, immerhin mit dem Vorbehalt günstigerer Verhältnisse in der Zukunft.<sup>81)</sup> Patriziat und Bürgerschaft gingen von nun an geschlossen vor, da auch diese fünf Vertreter zur Reaktionskommission stellte. Die zehn Beauftragten schickten am gleichen Tage Meyer und Glogner mit der Erklärung nach Zürich. Sie wurde auch dem Kleinen Rate eingereicht. Hier entspann sich eine lebhafte Diskussion, wobei sich der Amtsschultheiß Rüttimann auf die Seite des Patriziats stellte. Die Erklärung wurde an die Verfassungskommission gewiesen.<sup>82)</sup>

Da Patriziat und Bürgerschaft ihren Willen gegen die bestehende Regierung nicht durchsetzen konnten und sich nun in Uebereinstimmung mit Landammann Reinhard und den Vertretern der Alliierten wußten, beschlossen sie, mit einem Staatsstreich das zu erzwingen, was durch Verhandlungen nicht zu erreichen war. Die Ueberrumpfung gelang am 16. Februar — dem Schmutzigen Donnerstag — unter Mithilfe des Amtsschultheißen Rüttimann.

---

<sup>80)</sup> Pfyffer II 304 f. Die Kommission beschloß, eine kantonale Konsulta zu berufen, um die Ansichten und Wünsche für die Revision zu hören. R. P. 30, 14. Febr. 1814.

<sup>81)</sup> St. A. L. Fach 2, Fasc. 7. Dort die Entwürfe von Meyers Hand.

<sup>82)</sup> R. P. 30, 15. Febr. 1814. — Gfd., 78. Bd. 142, S.-A. 118.

Mit dieser revolutionären Tat schloß auch in Luzern die Revolution und begann das alte Patrizierregiment in neuen Formen wieder.<sup>83)</sup> — Meyer vernahm vom Vorgefallenen am andern Tage, auf dem Rückweg von Zürich; er scheint nicht sehr überrascht gewesen zu sein.<sup>84)</sup>

Am 23. Februar konstituierte sich der neue Große Rat, der zum großen Teil von der provisorischen Regierung in undemokratischer Weise bestimmt worden war. Er ernannte die 36 auf Lebenszeit gewählten Täglichen Räte und die beiden Schultheißen Rüttimann und Keller. Meyer wurde neben ihnen das einflußreichste Mitglied der neuen Regierung.<sup>85)</sup>

Am gleichen Tage verkündeten „Schultheiß, Kleine und Große Räte, so man nennet die Hundert der Stadt und Republik Luzern“ den „ehrsamen, ehrbaren, besonders lieben und getreuen“ Luzernern die Konstituierung der restaurierten Staatsgewalt.<sup>86)</sup> Gleichzeitig wurde der Tägliche Rat mit den Vorarbeiten für die Revision der Verfassung vor 1798 beauftragt. Am 29. März nahm der Große Rat dann die Vorschläge des Täglichen Rates an. So trat

<sup>83)</sup> Die Darstellung des Verlaufs siehe bei Pfyffer II 307 ff., 319, 323. Gfd., 78. Bd. 143 ff. S.-A. 119 ff. und die dort zitierten Einzeldarstellungen; Oechsli II 105 ff.

<sup>84)</sup> An Usteri, Knonau, 17. Febr.: „... Wenn man bis dahin glaubte, daß unsere Stadt ohne Kraft sei, so wird man erkennen, daß wir aus Rücksichten der Mäßigung und der Schonung und Ruhe der Schweiz sie nicht gebrauchen wollten. Aber jede Sache hat ihre Gränzen, so auch die Langmut und Mäßigung. Für uns ist dabei immer viel getan und Wesentliches auf die Zukunft gewonnen, zu dem man sonst nicht verholfen hätte.“

<sup>85)</sup> Prot. des Gr. Rats 1814, 23. Februar. — Meyer an Usteri, 27. Febr.: Die willige Annahme der Großratsstellen beweise, daß das Land nur Sitze wolle, aber keinen Sinn für höhere Politik habe. — Pfyffer II. 320 ff.

<sup>86)</sup> Die Proklamation begann mit den bezeichnenden Worten: „Nach einer Unterbrechung von sechszehn traurigen und unglücklichen Jahren sprechen Wir wiederum zu euch, unsere getreue, liebe Angehörige! ...“ St. A. L. Fach 2, Fasc. 7.

die neue Verfassung in Kraft, die die Hälfte des Großen Rates der Stadt zuteilte und die vollziehende, verwaltende und richterliche Gewalt und die Initiative für die Gesetzgebung dem lebenslänglich gewählten, sich selbst ergänzenden Täglichen Rate übertrug. — Das Volk fand sich ohne große Bewegung mit der Tatsache ab; einzelne Gegenaktionen wurden von der wachsamen Regierung rasch unterdrückt. Die Vertreter der Alliierten anerkannten zwar nicht die Art des aristokratischen Vorgehens, aber doch das Faktum. Sie drohten Ruhestörern dieser oder jener Partei mit strengen Maßnahmen und machten sie persönlich verantwortlich vor ihrer Nation und den Alliierten.<sup>87)</sup> Die neue Ordnung befriedigte Meyer nicht; er schrieb nach der Annahme der neuen Verfassung an Usteri: „Es ist wahrlich traurig, daß — nachdem so vielfältige Erfahrungen uns Daten genug an die Hand gaben, die bürgerliche Freiheit auf sichere Grundlagen zu stützen — man glaubte, die Höhe des Geists des Zeitalters erreicht zu haben, wenn man Teilungstraktate zwischen Land und Stadt macht, anstatt Repräsentation der Optimaten des Lands, des Verstands, der Einsichten, der Kenntnis und der Kultur. Liberale Grundsätze dieser Art erfordern dann freilich Gegenmittel, durch welche die Ausbrüche der Roheit und der Anarchie zurückgehalten werden können.“<sup>88)</sup>

### **Die Restauration der Eidgenossenschaft.**

Schon bei der Annäherung der alliierten Truppen im Herbst 1813 hatte Meyer angefangen, die Mediationsverfassung und die durch sie geschaffenen Zu-

---

<sup>87)</sup> Lebzeltern an Reinhard, Chaumont, 28. Febr. 1814. Die deutsche Uebersetzung bei Pfyffer II 322 n. — Am 4. April überschickte die Regierung den Ministern die neue Verfassung. Der Entwurf des Begleitschreibens ist von Meyers Hand. St. A. L. Fach 2, Fasc. 7.

<sup>88)</sup> An Usteri, 9. April 1814; ganz ähnlich am gleichen Tage an Jos. Ant. Balthasar: „... So wird ein Despotismus in der Gewalt der Regierung verfassungsmäßig organisiert.“

stände in der Schweiz schärfer zu kritisieren.<sup>89)</sup> In den Oktobertagen, als das große Ungewitter sich nach raschen Donnerschlägen zur größten Entladung bei Leipzig zusammenzog, schlug er vor, 30,000 Mann in einer Diagonallinie zu rascher Verwendung an der bedrohtesten Stelle der Grenze aufzustellen, den Abzug der französischen Truppen aus dem Tessin zu fordern, die Tagsatzung trotz der gefährlichen Spannung der Gemüter zu berufen oder — was ihm noch besser schien — die „bestgesinnten“ Staatsmänner aus verschiedenen Kantonen zur Beratung mit dem Landammann einzuladen.<sup>90)</sup> Nach außen müsse die Neutralität erklärt werden, obschon der französische Dienst dabei ein Hindernis sei. Im Innern aber solle man sich gegenseitig die Handhabung der Ruhe zusichern, ohne vorläufig weiter zu gehen. „Findet sich jetzt eine Macht, die durch eine glückliche Wendung das Uebergewicht erhalten hat und stellt ihrerseits ebenfalls ein politisches System für Europa auf, so müssen wir es uns neuerdings gefallen lassen, uns demselben zu unterwerfen. Jeder Versuch, unser Schicksal selbst bestimmen zu wollen, ist ein Unternehmen, das unsere Existenz selbst gefährdet. Die Besorgnisse für unser Vaterland vermehren sich, weil auch die All[i]ierten neue Anstrengungen zu machen genötigt sind und vielleicht aus diesem Grund keine Neutralität werden anerkennen... Nichts beurkundet mehr die Armseligkeit unserer Mediationsakte, als der gegenwärtige Zeitpunkt, in welchem sie die Gefahren des Landes, die sie abwenden sollte, vermehrt.“<sup>91)</sup> Zunächst hoffte er allerdings noch, daß die Alliierten in ihrem Interesse eine gemäßigte Politik betreiben und ihren Vorteil in der Anerkennung der schweizerischen Neutralität erkennen: „Die Behauptung der Neutralität soll allerdings

<sup>89)</sup> 8. Sept., 6. Okt. 1813 an Usteri.

<sup>90)</sup> 13. Okt. 1813 an Usteri.

<sup>91)</sup> An Usteri, 9., 15. Nov. 1813.

unser Hauptaugenmerk sein, und sie scheint mir für unser Land von einer solchen Wichtigkeit zu sein, daß wenn sie nur durch Entzagung der Mediation erhältlich sein sollte, ich dafür halte, daß wir dieses Opfer bringen sollten... Frankreich kann uns nicht schützen, noch die Einwirkung der All[i]ierten entkräften. Seine eigene Lage erlaubt uns nicht, uns auf seine Seite zu schlagen, noch sollen wir uns für seine Mediation aufopfern.“<sup>92)</sup> Als sich aber in der Haltung der Berner „Unbedingten“ der Gegensatz der politischen Interessen zeigte, gab Meyer die Hoffnung auf, daß die Schweiz die Neutralität wahren könne. Der Einmarsch der Verbündeten am 21. Dezember bestätigte seine Voraussicht.

Mit der schweizerischen Neutralität wurde nun auch die von Napoleon geschaffene Mediationsakte durch die eidgenössische Versammlung am 28. Dezember beseitigt, nachdem vier Tage vorher in Bern das Patriziat die Mediationsregierung gestürzt hatte.<sup>93)</sup> Diesen bernischen Staatsstreich bezeichnete Meyer als grell und gewalttätig. Doch habe Bern die Forderungen der Stunde verstanden. „Das Eis mußte gebrochen werden, und Bern tat es, und nach und nach wird sich die Schweiz an Bern anschließen, wenn Zürich nicht schnell sein System ändert. Dieses besorgt nun die Uebermacht jenes

---

<sup>92)</sup> 11. Dez. 1813 an Usteri. Am 18. Nov. hatte die Tagsatzung einmütig die bewaffnete Neutralität erklärt. Oechsli II 11 ff. — Der Abgang des Kaisers schien Meyer tief unter der Größe zu stehen, die Napoleon beigelegt worden war. „Indessen ist die Rute nur weggeworfen, aber noch nicht zerbrochen. Wer weiß, ob er nicht wieder in Folge der Zeit auf dem Schauplatz der Welt auftreten wird... Mag nun aber erfolgen, was da will, so wird jetzt doch das Wichtigere daurend gesichert sein: die gemäßigte Monarchie durch die Repräsentation des Volks.“ 23. April 1814 an Usteri. — Als Napoleon dann wirklich zur hundertägigen Herrschaft zurückkehrte, schrieb Meyer: „... Das Gericht über die Welt hebt von neuem an. Die Verworfenheit der französischen Nation hat sich in ihrer schreckhaften Blöße veroffenbart.“ 25. März 1815.

<sup>93)</sup> Oechsli II 63 ff.

Kantons, und diese Eifersucht mag mit schuldig sein, daß nur schwankende und zwecklose Beratschlagungen angehoben wurden... In großen Epochen der Umwandlungen ist das nicht der Weg, den die Politik einzuschlagen hat. Diese soll erkennen, was unvermeidlich ist und das Unvermeidliche schnell und fest, mit aller Klugheitsvorsicht in den Mitteln ausführen.“ Die Berufung einer Tagsatzung durch Zürich erschien ihm als verfehlte Maßnahme, da die Gesandten der Mediationsregierungen nicht Vertreter der dreizehn alten Orte sein können. Er wünschte aber, daß der Vorort möglichst schnell die Form einer alten Verfassung annehme und durch Kreisschreiben alle Mediationsregierungen zur Uebergabe ihrer Gewalt an die Mitglieder der ehemaligen Regierungen bewege. Diese sollen sich konstituieren und eine Tagsatzung bilden, die als erstes einen Traktat mit den Alliierten abzuschließen und eine Zentralbehörde zu bilden habe. Dieser stehe dann die Regelung der eidgenössischen Verhältnisse, die Vereinigung der Kantone zu einem kräftigen und achtenswerten Ganzen zu. Die Alliierten aber müssen mit allen Kräften unterstützt werden, im Interesse der Schweiz, damit sie nicht Kriegsschauplatz werde und auf günstige Bedingungen der Alliierten Anspruch erheben könne.<sup>94)</sup>

Nachdem die Luzerner Verfassungsfrage durch den aristokratischen Staatsstreich gelöst war, drang die neue Regierung offiziell auf die Berufung einer dreizehn-örtigen Tagsatzung.<sup>95)</sup> Sie suchte wieder engere

<sup>94)</sup> An Ebel in Zürich, 30. Dez. 1813; an Usteri, 11. Jan. 1814. In einem andern Brief an Usteri (8. Jan.) beschuldigte er den Vorort Zürich, daß er zu sehr auf seine lokale Konvenienz sehe und ihr die Verhältnisse der andern Kantone unterordne. Es treibe so Bern zum Aeußersten. — Am 13. Jan.: Durch die Mitwirkung der Alliierten könne eine kräftige Zentralisation erreicht werden, wenn der Unverständ und der „ungebildete Widerstand“ der demokratischen Kantone sich ihr entgegenstellen sollten.

<sup>95)</sup> Meyer an Usteri, 27. Febr. 1814. Vergl. zum Folgenden auch Oechsli II 116 ff. und meine Abhandlung „Vinzenz Rüttimann und

Fühlung mit den Urkantonen auf zwei Konferenzen in Gersau, an denen Rüttimann und Meyer ihren Stand vertraten.<sup>96)</sup> Das Ergebnis dieser Konferenzen war die Forderung, daß die ehemaligen staatsrechtlichen Verhältnisse in der Schweiz wiederhergestellt werden und daß Zürich mit möglichster Beschleunigung eine dreizehnörtige Tagsatzung berufe. Doch der Vorort wollte die *neunzehnörtige* Eidgenossenschaft nicht preisgeben und wurde der Verteidiger der neuen Kantone, wobei die austro-russischen Minister ihn unterstützten. Darum traten die altgesinnten Stände am 19. März in Luzern zu einer von acht Ständen beschickten Konferenz oder Gegentagsatzung zusammen, die sich aber nach fünf Tagen auf Befehl der fremden Minister mit den übrigen Ständen zur neunzehnörtigen Tagsatzung in Zürich vereinigen mußte.

Meyer rechtfertigte Usteri gegenüber die Haltung der vier Waldstätte mit dem Bestreben, fremden Einfluß abzuwenden. „Der Zustand der Mediation, auf den sich Zürich stützt, ist ein Zustand der Gewalt, der kein Recht begründen kann und selbst den neuen Kantonen nachteilig ist, die ein wahres Recht, das unangefochten bleiben wird, nur durch die alten Kantone erhalten können. Der Mediationsverein ist durch die Aufhebung der Mediationsakte zernichtet. Nur durch die alten Bünde kann ein neuer Verein wieder geschlossen werden... Man anerkenne das Recht, und es wird uns Waffen geben, die uns aus der Not und dem Jammer retten, in die uns längere Zerwürfnisse werfen... Was ist die Schweiz ohne Bern, *decus et fortitudo patriae?*... Der Zustand der Dinge ist so wesentlich verändert, daß wir nun in diesen Zustand uns hineindenken, ihn zu höhern Zwecken benutzen und

---

die eidg. Politik in der Zeit der Helvetik, der Mediation und Restauration“ in der Zeitschrift f. S. G. III. 369 ff.

<sup>96)</sup> Ernennung für die erste Konferenz am 1. März, für die zweite am 12. März. St. A. L. Fach 1, Fasc. 7 „Bundesverfassung von 1815“. Dort auch die Instruktionen und Protokolle.

womöglich diesen unterzuordnen uns bestreben sollen. Mens — übrigens — agitat moles, und so kann auch der Geist die Formen beleben.“<sup>97)</sup> Meyer rechtfertigte die Politik Luzerns und der konservativen Orte auch noch, als sie durch die fremden Minister desavouiert wurde. — „Der Grundsatz unserer Politik war, Aussöhnung zu bewirken. Ohne Eintracht wird sich die Schweiz nicht mit Würde benehmen und keine Achtung sich erwerben können. Ohne dieses scheint mir die Mediation unvermeidlich, und mit ihr werden auch neue Revolutionen wieder eintreten... Wir stützen uns auf ein Rohr, wenn wir Kraft in einer Garantie von all[i]ierten Mächten aufsuchen, die vielleicht morgen unter sich in Kriege verwickelt sich befinden“, schrieb er mit erfreulichem Willen zur Erhaltung der Unabhängigkeit.<sup>98)</sup> Daß er trotz seiner konservativen Stellung an einem starken Bundessystem festhalten wollte, beweist seine Kritik des *revidierten ersten Bundesentwurfs*: „Unsere öffentliche Verfassung ist ein Unding, das mit jedem Tag unförmlicher wird, und in welcher die kantonalen Souveränitäten jedes Bessere lähmen und ein Unwesen treiben werden, das noch viel patriotische Seufzer und fromme Wünsche veranlassen dürfte.“<sup>99)</sup> Den von den fremden Ministern empfohlenen

<sup>97)</sup> 5., 12. März 1814 an Usteri. Dieser bezeichnete am 9. März den politischen Kampf als die Fehde zweier Systeme, nicht zweier Orte. „Zwei Tagsatzungen mögen... ruhig eine Weile sich gegenüberstehen. Die Rolle der Ueberläufer wird auch da keine ehrenvolle sein.“ — Die Auseinandersetzungen der beiden Freunde erhielten durch die politischen Gegensätze einen schärfern Ton; doch wünschten beide, daß die Gegnerschaft zweier Systeme ihre freundschaftlichen Beziehungen nicht störe. Meyer hoffte vielmehr, daß die offene Aussprache beiderseits eine extreme Haltung verhüte und versicherte Usteri auch jetzt, daß er ihn „inniglich liebe und aufrichtig hochschätze“. 12. März.

<sup>98)</sup> 14. April 1814 an Usteri.

<sup>99)</sup> 23. April, 9. Juli 1814 an Usteri. — Vergl. Oechsli II 97 (erster Entwurf vom 4. Febr.), 125 ff. (Entwurf der diplomatischen Kommission).

Bundesentwurf vom 31. Mai, den Zürich und die neuen Kantone bedingungslos, andere nur mit Vorbehalten annahmen, bezeichnete er als „elendes Machwerk“.

Dagegen wollte Meyer im starken Bunde nicht die neuen Kantone eine führende Rolle spielen lassen, sondern die Träger der alten eidgenössischen Politik und Erfahrung. Er sah in den neuen Kantonen, die aus der Revolution hervorgegangen waren, die Ursache aller Verwirrung, Gefahr und fremden Einmischung, in Bern aber den Verteidiger der schweizerischen Rechte und der Unabhängigkeit. Die Fürsprache Laharpes, Stapfers und anderer Freunde der neuen Kantone bei den alliierten Fürsten war ihm ein Gegenstand des Schreckens und des Abscheus: „Die neuen Kantone legten ihre Hände in die Bonapartischen Fesseln und greifen jetzt nach jenen, die Alexander gibt. Das ist die Bedingnis und der Preis ihrer Existenz. Aber diese Gesinnungen sind nicht schweizerisch... Nicht im Kosmopolitismus, sondern in der Nationalität besteht die Stärke einer Nation, und die Beibehaltung dieser Nationalität und ihre Ausbildung in ihrem eigenen Geist scheint mir wichtiger als die Anhänglichkeit an blendende Theorien, in denen das vorgespiegelte Gute problematisch ist... So unbefriedigt wir auch über vieles sein müssen, so hat die Erziehung der Völker ihre Stufen, die sie nur in allmählichen Fortschritten erreicht, und ihre Ausbildung, die nur in ihrem Geist gedeihen kann. Das zu rasche Fortschreiten hat Rückschritte veranlaßt, die nun wieder bessere Entwicklungen aufhalten... Wir wollen... dem Recht, der Humanität und der Religion unserer Väter ohne Scheu und Furcht huldigen... Ich wünschte in diesem Geist den Kampf gehoben zu sehen, der uns entzweit.“<sup>100)</sup>

Ein anderes Mal legte Meyer seinen politischen Standpunkt so dar: „Mag auch der einte oder andere

---

<sup>100)</sup> An Usteri, 6. Juni, 9., 23. Juli 1814. — Usteri schrieb am

auf altes, gräßliches Zeug zurückzukehren sich bestreben, so kann und wird dieses Bestreben ohne Erfolg sein, weil wesentliche Gegenstände gesichert sind, welche uns nötigen werden, vorwärts zu gehen. Rückschritte sind getan worden; aber sie sind nicht von heute. Sie liegen im Geist und den Gewohnheiten des Volks und in dem zu schnellen Vorrücken, das seine Bildung und sein Fassungsvermögen überschritt und nebenbei so viele Rechte verletzte, die der günstige Augenblick zurückforderte. Und das Bessere, wer sieht und wünscht es nicht? Noch jetzt würde ich in dem Einheitssystem und einer vernünftigen Volksrepräsentation das Heil der Schweiz und das große Entwicklungsmittel der Nationalbildung erblicken. Aber dieses hat nicht länger können unterstützt werden. Die Zeit ist vorbei, und seither tat man nichts als Rückschritte. Diese hätte man schnell aufhalten können, wenn man augenblicklich mit den Gewaltigen des Lands eingetreten wäre. Dazu habe ich im November und Dezember vorigen Jahrs [1813] dringend angeraten... Die Leidenschaften sind einzig in den Regierungen; das Volk ist dabei Zuschauer. Sein Wille ist, ruhig zu sein, ohne geplündert und gesengt zu werden; nur die kleinen Kantone fangen an sich zu bewegen... Daher möchte ich besänftigen, beruhigen, aussöhnen, ausgleichen... In uns allein ist das Heil und außer uns nur Verderben.“ Meyer sah also auch nach dem aristokratischen Staatsstreich noch im schweizerischen Zentralismus das Ideal, hielt aber dieses Ideal unter den gegebenen Umständen für undurchführbar und befand sich in einem merkwürdigen Zwiespalt, der sich

---

7. Mai an Stapfer, Meyer sei „überkomplett im Bernersystem versunken“. (Anz. f. S. G. VI 1890/93.) Er antwortete Meyer am 30. Juli: „... Alte Bünde anzurufen ist Torheit. Den alten, morschen Bünden gingen ältere voraus, die uns niemand zurückholt. Den elenden Kram, dem glücklicherweise die Revolution, deren nationalen Zwecken auch Sie... einst so ernst und aufrichtig huldigten, eine Ende machte, wollen wir nicht wieder zurück.“

aber immer mehr zugunsten der Kantonalsouveränität und der eidgenössischen Tradition löste.<sup>101)</sup>

Die Spannung zwischen alten und neuen Kantonen und ihren Ansprüchen war indessen so gewachsen, daß im August 1814 der Bürgerkrieg drohte. Die scharfe Note der alliierten Minister vom 13. August und die Gerüchte über die Aufteilung der hadernden Schweiz durch die Mächte bewirkten aber glücklicherweise, daß durch gegenseitiges Entgegenkommen die eidgenössischen Verhandlungen erfolgreich weitergeführt wurden. Als Ergebnis privater Besprechungen wurde der wiederum zusammengetretenen Tagsatzung ein neuer, sechster Verfassungsentwurf auf der Grundlage des föderalistischen Gegenvorschlags von Luzern und eine „Übereinkunft“ vorgelegt, die für die finanziellen Entschädigungsbegehren der alten Stände ein Schiedsgericht vorsah und die Gebietsansprüche an den Wienerkongreß verwies. Die alten Stände sahen damit einige ihrer Wünsche erfüllt.<sup>102)</sup> Aber die Freunde eines kräftigen Bundesstaates waren damit nicht zufrieden. Meyer fand den Entwurf auch unvollkommen und ungenügend, sah aber in seiner Annahme die einzige Möglichkeit der Rettung: Wenn die Schweiz sich jetzt vereinige, so dürfe sie die Gewährleistung der Neutralität erhoffen, die sie weder durch die Machtspüche des Auslands, noch durch die Einführung des Zentralismus erhalten hätte. Die neuen Kantone bekommen erst dadurch eine rechtliche und sichere Stellung, welche die Gewalt, die Aufwiegelung, die Unterwerfung unter ein fremdes

<sup>101)</sup> An Usteri, 3. Aug. 1814. Auch die ehemaligen Parteifreunde Meyers anerkannten die Reinheit seiner Absichten. Stapfer an Usteri, 10. Okt. 1814: „Sein Herz ist so edel, seine Vernunft so hell, daß ich mir die Möglichkeit nicht vorstellen kann, daß er den Bernern recht gebe.“ 16. Jan. 1815: „... Männer wie er, die immer Freunde der Menschheit waren und sich als solche zeigten, könnten es unmöglich mit den Bernern halten, wenn sie sich nicht ein Ideal machten, das von der Wirklichkeit so sehr absticht...“ Q. S. G. XII. 180, 186.

<sup>102)</sup> Oechsli II 142 ff. Usteri an Meyer, 20. Aug. 1814.

Gesetz und revolutionäre Grundsätze ihnen nie geben können.<sup>103)</sup> Die Furcht vor äußerem Zwang bewirkte tatsächlich am 8. September die Annahme des Entwurfs und der „Übereinkunft“, wenn auch meistens mit Bedingungen. Am gleichen Tage wurde auch die Aufnahme von Wallis, Neuenburg und Genf in den Bund beschlossen und die Abordnung an den Wienerkongreß bestimmt. Damit war die größte Krise überwunden. Meyer freute sich über dieses Ergebnis: „Es zeigt sich immer deutlicher, daß das Mißtrauen auf beiden Seiten zu weit getrieben wurde und wesentlich beitrug, Spannungen zu veranlassen und unnötigerweise zu verlängern... Wichtige Anstände müssen freilich erst noch beseitigt werden. Aber sie erregen umso weniger Besorgnisse, da der rechtliche Weg eingeschlagen und anerkannt ist, auf welchem sie ohne Groll und Leidenschaft mit Unparteilichkeit beigelegt werden können.“<sup>104)</sup> Zwar gefiel auch ihm die renitente Haltung von Schwyz und Nidwalden nicht. Auch die Verfassungswirren in den Kantonen Tessin, St. Gallen, Solothurn und Freiburg mißbilligte er. Als die Tagsatzung im Tessin intervenierte, wurde er — auf Vorschlag des Kommissionsreferenten Usteri — zum eidgenössischen Kommissär ernannt. Er lehnte aber den Ruf ab, da er sich nicht für längere Zeit von seinen amtlichen Geschäften und der Familie entfernen wollte.<sup>105)</sup>

Ueber das einmütige Auftreten der Tagsatzung gegen den wiedergekehrten Napoleon freute sich Meyer. — „Das Beispiel, das die Tagsatzung gab, ist der Vorzeit unserer Väter würdig und erhebt zu bessern Erwartungen, die das Ausharren erfüllen wird“, schrieb er. Eine neutrale Haltung schien

---

<sup>103)</sup> 23. Aug. 1814 an Usteri.

<sup>104)</sup> An Usteri, 10. Sept. 1814.

<sup>105)</sup> An Usteri, 26. Sept. 1814. Usteri wunderte sich nicht, daß Meyer ablehnte. „Es ist ein elendes Ding um jenen Kanton“, schrieb er selbst am 30. Nov. — Oechsli II 224 ff.

ihm nun gefährlich. Allerdings meinte er, die Schweiz solle die Aufforderung zum militärischen Mitmachen abwarten, um die Bedingungen stellen zu können. Sie dürfe sich aber nicht wie früher überraschen lassen und sich von Gnade und Ungnade abhängig machen.<sup>106)</sup> Diese bestimmte Haltung gegen das revolutionäre Frankreich hat ihren Grund neben realpolitischen Erwägungen wohl auch in der Abneigung der Aristokratie gegen den Soldatenkaiser und seine Anhänger und in der Furcht vor einer neuen Revolution. Andere waren freilich anderer Meinung; sie sahen im neuen Krieg eine ungerechte, gewalttätige Einmischung fremder Mächte in die inneren Verhältnisse Frankreichs und verlangten die unbedingte Neutralität der Schweiz.<sup>107)</sup> Doch diese Anhänger der strikten und konsequenten Neutralität drangen diesmal nicht durch. — Meyer fürchtete irgend ein Zwitterding zwischen einem Defensiv- und Offensivsystem, das die Schweiz mit allem Nachteil der Offensive belasten würde. Das Land könne den Kostenaufwand eines Grenzschutzes nicht lange ertragen. Der Sold der Truppen übersteige den jeder europäischen Macht. Er fürchtete ähnliche Folgen wie 1798. Die Schweiz sei nun noch die einzige überlebende Republik Europas, und sie stehe an einem gefährlichen Abhang.<sup>108)</sup> — Das Volk wünschte wohl großenteils die Neutralität, aber die Alliierten wollten sie nicht. Eine starke Mittelpartei wollte sich den Verbündeten an-

---

<sup>106)</sup> 25. März 1815 an Usteri. — Oechsli II 308 ff.

<sup>107)</sup> Usteri an Meyer, 1., 8. April: „Wer uns anderes predigt, der ist aus dem Bösen.“ Er glaubte auch, daß der äußere Krieg vom innern unzertrennlich sei.

<sup>108)</sup> 15. April, 11. Mai 1815 an Usteri. Dieser erwiderte ihm: „Das Kriegssystem bringt uns gewisses, unvermeidliches Verderben... Wer am Abgrund hängt, sage nicht: das Hängenbleiben sei das schlimmste; entweder sich aufschwingen oder hinabstürzen! Hat er zum ersten die Kraft nicht, so bleibe er hängen und hoffe auch auf unwahrscheinliche, doch mögliche Rettung, während das Hinabstürzen ihn rettungslos zerschmettert. So sind wir leider!“ 13. Mai.

schließen, aber mit der Bedingung, defensiv bleiben zu dürfen. Die Minister unter der Führung Cannings gingen darauf ein. Am 20. Mai 1815 wurde der entsprechende Vertrag mit den Ministern mit 13 Stimmen ratifiziert, nachdem Meyers Schwager Rüttimann erfolgreich gegen die absolute Neutralität gesprochen hatte. Meyer, der dieser Vermittlungspolitik abgeneigt war, kritisierte den Vertrag scharf: „Unsere Verpflichtung ist defensiv, unsere Stellung gegen Frankreich hingegen ganz offensiv. Bonaparte ist durch unser Benehmen persönlich beleidigt. Ein unbezweifelter Feind steht vor uns... Mit welchem Recht können wir fordern, daß die Mächte Europas an uns Anteil nehmen sollen?... Täuschen wir uns nicht: Jedes widrige Geschick, so die all[i]ierten Armeen trifft, wird den unfehlbaren Untergang des Landes herbeiführen... Unsere Existenz wird an diesen verkehrten und halben Maßnahmen mit Schande und ohne Teilnahme zugrund gehen, weil jetzt die Empfindungen, die wir veranlassen, nicht auf einzelne wirken, sondern auf alle verbündeten europäischen Mächte.“<sup>109)</sup> — Als dann Napoleon bei Waterloo entscheidend geschlagen war, beschloß die Tagsatzung auf das Drängen des Generals Bachmann und der Oesterreicher dennoch den Angriff auf das schon geschlagene Frankreich. Der unrühmliche Zusammenbruch des schweizerischen Vormarsches in die Freigrafschaft bestätigte manche Bedenken; die Befürchtungen der Neutralitätsfreunde allerdings erfüllten sich nicht. Der zweite Pariserfriede vom 20. November 1815 brachte der Schweiz die Gewährleistung der dauernden Neutralität und des schweizerischen Besitzstandes.<sup>110)</sup> Mit

---

<sup>109)</sup> 27. Mai an Usteri. Dieser antwortete ihm am 7. Juni: „Ihre Kritik der elenden Konvention... ist von der vollkommensten Richtigkeit. Sie ist beides: verderblich und entehrend zugleich... Die Neutralität ist für alle Zeiten verloren, weil wir sie izt zu ergreifen nicht wußten...“

<sup>110)</sup> Oechsli II 329 ff., 381 ff.

Freuden begrüßte Meyer dieses Ergebnis: „Die Schweiz ist auf eine ausgezeichnete Art behandelt worden, und noch nie hat sie seit ihrer Entstehung für ihre Existenz und Unabhängigkeit eine so vollständige Garantie erhalten.“<sup>111)</sup>

Der Druck der Ereignisse beschleunigte das Ende der Langen Tagsatzung. Am 7. August wurde der neue Bundesvertrag beschworen. Damit hatte auch die eidgenössische Restauration ihr Ziel erreicht.<sup>112)</sup> Franz Bernhard Meyer, der ihren Verlauf mit lebhaftem Interesse verfolgt und durch die Instruktionsberatungen indirekt an ihr teilgenommen hatte, erschien in den letzten Wochen auch noch persönlich als stellvertretender Gesandter Luzerns in Zürich. Als der einflußreiche Luzerner Gesandte Rüttimann im Juli von der Tagsatzung ins schweizerische Generalquartier und zu Erzherzog Johann abgeordnet wurde, trat Meyer für einige Tage an seine Stelle.<sup>113)</sup>

Als er am Ende dieses zweiten Restaurationsjahres auf das Vergangene zurückschaut, konnte er mit freudigem Vertrauen auf die Zukunft sagen: „Die Ereignisse und Wendungen dieses Jahres hatten in mir Ahndungen erweckt, die mich immer mit der Ueberzeugung erfüllten, daß unsere Geschichte in eine neue Epoche übertrete, die an den Ruhm unserer Vorfäder die Segnungen des Friedens und verbesserter Sitten anreihen werden. Die Entwicklungen waren überall schnell und überraschend... Vieles tat die erprobte Treue unserer Truppen in Frankreich und die schnelle Aussöhnung und Vereinigung der Schweiz in der Gefahr, mehr aber noch die alles leitende Vorsehung.“<sup>114)</sup>

---

<sup>111)</sup> 31. Dez. 1815 an Usteri.

<sup>112)</sup> Ueber den Bundesvertrag vergl. Oechsli II 399 ff.

<sup>113)</sup> St. A. L. Fach 1, Fasc. 20. Meyer an den Staatsrat, 14. Juli 1815. — Rüttimann übernahm die Vertretung am 29. Juli wieder. — [Gedruckter] Absch. d. ao. eidgen. Tagsatzung... III. S. 6.

<sup>114)</sup> 31. Dez. 1815 an Usteri.

### Beziehungen zu Pestalozzi und Fellenberg.

Meyers Freundschaftsverhältnis zu den zwei berühmten schweizerischen Reformatoren des Erziehungswesens geht auf die Jahre zurück, in denen der fünfzigjährige Pestalozzi durch seine Schriften schon einen bedeutenden Namen hatte, während der dreißigjährige Fellenberg als Pädagoge noch unbekannt war. Wir haben von den ersten, mehr politischen Beziehungen zu Pestalozzi vor der Revolution schon gesprochen.<sup>115)</sup> Während der Helvetik unterstützte Meyer Pestalozzis pädagogische Absichten mit seinem ganzen Einfluß als Minister.<sup>116)</sup> Er knüpfte die ersten Fäden zwischen dem Directorium und Pestalozzi. Am 21. Mai 1798 schrieb ihm dieser: „Ueberzeugt, daß das Vaterland eine[r] wesentlichen Verbesserung der Erziehung und der Schulen für das niederste Volk dringend bedarf, und gewiß, daß durch drei- bis viermonatliche Versuche hierin die wichtigsten Resultate erheitert und bewiesen werden können, wende ich mich in Abwesenheit des Bürger Minister Stapfer an den Bürger Minister Meyer, um durch ihn dem Vaterlande meine diesfälligen Dienste zu anerbieten und ihn zu bitten, bei dem Directorio diejenigen Schritte zu tun, welche zur Erzielung meiner vaterländischen Zwecke notwendig sein mögen!“<sup>117)</sup> Der Minister legte das Schreiben dem Directorium vor, und Pestalozzi bekam dann Gelegenheit zu praktischer Betätigung, besonders in Stans. — Kurz vor seinem Rücktritt als Minister beteiligte sich Meyer in Bern an einer Konferenz mit Männern, die mit ihm Pestalozzis Plan einer Vereinigung zur Förderung des Erziehungswesens überhaupt und der Pestalozzischen Me-

<sup>115)</sup> „Geschichtsfreund“, 80. Bd. 227 ff. S.-A. 55 ff.

<sup>116)</sup> Zeitschrift für Schweiz. Gesch. VI, 1926/27.

<sup>117)</sup> Pestalozzis sämtl. Werke, hsg. von L. W. Seyffarth I. 330; Israel Aug., Pestalozzi-Bibliographie, Berlin 1904, II. 46. — Daß Meyer es an persönlicher Fürsprache nicht fehlen ließ, beweist ein früherer Brief Pestalozzis: „... Ihre Gewogenheit ist meinem Herzen

thode insbesondere besprachen. Er bot dem Freunde für diesen Zweck seine Hilfe an. Von Burgdorf aus legte ihm dieser die Pläne für die Ausbreitung seiner Methode und die Errichtung eines Waisenhauses für arme helvetische Kinder dar.<sup>118)</sup> „Lieber Freund!“ — so schloß er seinen Brief — „wir müssen jetzt entweder mit dem Vaterland zu gar nichts werden oder für diesen Endzweck große Maßregeln ergreifen. Mag der Gestank und der Rauch des alten Feuers verschwinden; laßt uns ein erneutes, heiliges anzünden und nicht ruhen, bis es nach uns als ein ewiges Licht brennt!“ — Auch nach dem Rücktritt ins Privatleben suchte Meyer Pestalozzis Werk in seinem Kanton möglichst zu fördern. Mit andern Luzerner Freunden des Erziehers sorgte er für die Verbreitung der Lehrbücher und für die Einführung der Lehrmethode.<sup>119)</sup> Auf

---

große Erquickung“, schrieb er. „Ihre Hoffnungen für die Welt werden sicher erfüllt werden. Der Strom der Kenntnisse wird, wie alle Ströme, durch Hindernisse reißend und überschwemmend. Jetzt ist er das wirklich und die Verlegenheit unserer elenden Wogenkünstler... nimmt sichtbar zu. Laß uns, Lieber, einfach nur diesen Strom verstärken. Das Uebrige macht er dann selber. Er selbst muß die Hindernisse wegräumen, die jetzt unsere Zwerge an seinen Ufern gegen unsere Kultur und unsere Tätigkeit aufhäufen... Sollte Frankreich auch jetzo noch auf keinem Dorf einen Schulmeisterdienst für mich finden? Lieber, ich zittere vor der Gefahr, von Alter und Schwäche übernommen zu werden, eh' ich Gelegenheit finde, praktisch an einige Ideen aus Lienhard und Gertrud Hand anlegen zu können. Helfen Sie mir, wenn Sie können.“ Er wünschte mit Meyer in Basel zusammenzukommen, um vieles mit ihm zu besprechen. (Neuenhof b. Wildegg, 10. Okt. 1796? F.-A. Meyer.) Am 15. März 1800 schrieb Meyer an Lavater: „Pestaluz, dem es gut geht und für dessen guten Erfolg jeder redliche und wohldenkende Mensch alles mögliche beizutragen sich bestreben wird, sieht Lavatern und wird ihm freundliche Grüße überbringen.“ (Z. B. Z. F.-A. Lavater.)

<sup>118)</sup> Pestalozzi an Meyer in Luzern, 9. Nov. 1801. Morf, Zur Biographie Pestalozzis, III. 359. (Das Datum vom 9. Oktober kann nicht stimmen. Meyer schreibt noch am 8. Oktober von Bern aus an Stapfer. Auch der Brieftext selbst spricht dagegen, indem Pestalozzi von einer Unterredung „noch in Bern“ spricht.)

<sup>119)</sup> Z. B. Z. Ms. Pestalozzi 59. 7 Briefe von 1802 bis 1808. —

Meyers und seiner Freunde Drängen ging Pestalozzi an die Konsulta nach Paris und arbeitete dort in enger Verbindung mit Stapfer, Usteri und Meyer für die Ideen der Unitarier und für seine eigenen Interessen; freilich ohne den gewünschten Erfolg.<sup>120)</sup>

Anfang 1804 räumte die Berner Regierung das Schloß Burgdorf einem Oberamtmann ein und wies Pestalozzi vorübergehend das Schloß zu Münchenbuchsee für seine Anstalt an. Meyer hatte ihm schon am 26. Juni 1803 bedauernd geschrieben: „Es scheint, daß eine neue Prüfzeit für Dich gekommen sei. Ich irrte, da ich davor hielt, daß die Herren wenigstens den Schein des Vandalismus zu vermeiden sich bestreben werden. Aber ohngeachtet des fortdaurenden Aufsehen, das Deine Methode im Ausland macht, setzen sie sich über alle Betrachtung ihres eigenen Namens weg und suchen durch Verleumdungen und direkte Mittel den Fortschritten derselben sich entgegenzusetzen.“

— Als Pestalozzi, dessen Anstalt inzwischen unter die Direktion Fellenbergs gekommen war, durch Kaiser Alexander zur Neuordnung der Schulen nach Rußland berufen wurde und dem Ruf zuerst folgen wollte, schrieb Meyer an Usteri, Pestalozzis Weggang wäre ein großer Verlust für die Schweiz, ein noch größerer für die Wissenschaft. „Seine Methode nötigte ihn, immer weiter und weiter vorzuschreiten, und so durfte man nicht nur eine größere Vervollkommnung derselben, sondern auch schnelle Fortschritte für die Umfassung seines Lehrgebäudes anderer wissenschaftlicher Fächer erwarten, da er so ganz

---

„Ich kann nicht ruhen, bis sie [die Methode] eine Ausgedehntheit erhalten haben [wird], die in einem großen Umfang die wichtigen Resultate aufstellen wird, die sie bieten muß“, schrieb Meyer am 3. September 1802.

<sup>120)</sup> Meyer an Pestalozzi, 29. Okt. 1802: „... Es wäre mir sehr lieb, Dich unter dieser Zahl zu wissen, da Dein Name und Deine Verdienste ein großes Gewicht für die gute Sache sein würde. Diese Reise dürfte beinebens für die Beförderung Deiner anderweitigen Absichten in Hinsicht Deiner Erziehungsanstalten vorteilhaft sein.“

allein noch das Intuitionsgeheimnis des psychologischen Mechanism[us] seiner Methode besitzt und genau die Uebergänge des Gekannten zum Ungekannten kennt.“<sup>121)</sup>

Schon Ende 1804 verließ Pestalozzi Münchenbuchsee und siedelte nach Yverdon über, wo seine praktische Tätigkeit ihren Höhepunkt erstieg. Zugleich aber wurde die Kluft zwischen den beiden Pädagogen immer tiefer. Meyer, der mit beiden befreundet war, empfand diesen Konflikt sehr unangenehm. Auf einen Brief, in dem er sein ganzes Vertrauen auf Pestalozzis Erfolg ausdrückte, schrieb ihm dieser, wie sehr er sich über die Teilnahme des Freundes gefreut habe und wie zuversichtlich er nach großen Schwierigkeiten in die Zukunft schaue.<sup>122)</sup> Er schickte Meyer 1807 die Ankündigung seiner „Wochenschrift für Menschenbildung“. Dieser abonnierte sie. „Deine Versuche haben zu Erfahrungen geführt und Dich in Stand gesetzt, Dich auf Tatsachen zu berufen, die nicht geleugnet werden können und die größte Ueberzeugung hervorbringen müssen“, schrieb er ihm gleichzeitig. „Entwickle daher diese besonders noch in der Wochenschrift und führe alle Deduktionen mit

---

<sup>121)</sup> 25. Nov. 1804. — Morf III 83 ff.

<sup>122)</sup> Yverdon, 11. Okt. 1805. F.-A. Meyer. (Die Korrespondenz Meyers mit Pestalozzi ist leider nur bruchstückweise erhalten.) „Nach langem Schweigen machte Dein Brief mir eine außerordentliche Freude; er brachte mir tausend Rückerinnerungen ins Gedächtnis. Ja, Freund, nach allem, was geschehen, ist es ein Wunder, daß ich noch stehe. So vieles, das uns Hoffnung erregte, verschwand, und eine halbe Welt verblutete umsonst. Indessen gedeiht mein kleines Pflänzchen. Ein... Wurm schien genug, um es zu zernagen; es schien wirklich tief angegriffen. So lange es keimte, mußte es nur sterben. Serbend ward es mir aus dem Boden gerissen und in unfreundlich rauher Witterung immer wieder neu verpflanzt. Und doch starb es nicht. Seine Wurzeln wurden immer stärker und breiteten sich immer mehr aus. Toren spotteten lange seines welkenden Krauts, und Esel, die sein Verderben suchten, sprachen laut: Es lohnt sich nicht einmal der Mühe, es auch nur zu vertreten. So gewiß glaubten sie seinen Tod durch sein eigenes inneres Verderben. Aber

ihnen; denn das allein muß entscheiden. Wie warm muß Dein Herz in Deiner Jugend für die Menschheit entflammt gewesen sein, da es jetzt noch in Deinem Alter und unter Umständen, in denen man die Hände ringt und zu zagen anfängt, so feurig für dieselbe fortglüht! Gott möge diese Flamme noch lange in Deinem Busen erhalten und ihr Segen und Gedeihen gewähren! Gerne will ich mich daran wärmen und meinen Mut aufrecht erhalten und fortfahren zu hoffen, wenn schon Ahndungen mich verfolgen, die mich schwerlich eine bessere Zukunft erwarten lassen.“<sup>123)</sup>

Der „Schweizerischen Gesellschaft der Erziehung“, die am 25. Oktober 1808 in Lenzburg ihre erste Versammlung hielt, stand Meyer skeptisch gegenüber. Er schrieb Pestalozzi auf die Einladung: „In meiner

---

Gott tat mir für mein Wort über mein Hoffen und Erwarten. Mein Unternehmen ist gerettet. Die Zahl der Menschen, die mich jetzt in harmonischer Tätigkeit unterstützen, ist groß. Der kleine Stein, den ich an den Gipfel des Berges geworfen, wird sich wie eine Lawine wälzend vergrößern. Meine Jünglinge sind Männer geworden, deren mehrere mit den erlauchtesten Männern Europens reden dürfen. Viele von ihnen werden reden; aber ihr Reden wird nicht eitle Spekulation sein; sie werden einfach sagen: So machen wir's, und die Wirkung auf den menschlichen Geist ist diese. Lieber! Es wundert mich, wie Du den Sieg der Methode und die Gewißheit der Erziehungsreformation, die sie hervorbringen wird, voraus als sicher ansehen kannst, ohne die neuen Resultate derselben zu kennen. Sie sind sehr groß und entscheidend für den Sieg der Methode. Ich wünschte sehr, wenn es immer sein könnte, nur auf ein paar Stunden mit Dir sprechen zu können. Sag' Rüttimann, wenn die erstern meiner Zöglinge keine Politiker sein werden, so [werden sie] sicher den besten der Politiker brauchbar werden. Sage [Chorherrn] Moor und [Stadtpfarrer] Müller, meine Methode näherte sich immer mehr der reinen Ansicht des Christentums an; ich baue meine Hoffnung für die Welt immer mehr auf Menschen, deren Ansichten von Gefühlen gestimmt werden, als auf Menschen, deren Ansichten die bloße Sache ihres Kopfes und der Eigenheit ihrer geistigen Bildung sei.“

<sup>123)</sup> 16. Jan. 1807. Z. B. Z. Ms. Pestalozzi 59.

Abgeschlossenheit schließe ich mich gerne an alles an, was gut und edel ist. An Dir, Lieber, und Deinen Schöpfungen hange ich mit ganzer Seele. Schon lange war es mein sehnlichster Wunsch, Dich wieder einmal zu sehen und näher untersuchen und bewundern zu können, was Du seither wieder Neues ausgedacht und Altes vervollkommen hast... Ich zöge vor, Dich im Kreise Deiner Mitlehrer und Schüler zu sehen, als in einer Versammlung hochgelahrter Schulmänner. Dort ist Deine Kraft und Dein Wert. Hier aber besorge ich die Schwäche des Geistes, Anmaßung und Eitelkeit zu treffen. Es war eine Zeit, wo man von oben herab wirken, Besseres vorbereiten und bezwecken konnte. Aber ein elender, kleilichter Geist hat die bessere Saat mit Unkraut erstickt, und man wähnt jetzt durch Gesellschaften wieder zu erreichen, was sie zerstörten und dessen Wiederaufkeimen sie verhinderten. Du warst vielen ein Greuel. Aber Du hast seither Ruhm erworben, und jetzt mögten Ruhmsüchtige, die durch sich nichts vermögen, sich gerne an Dich anklammern, um vom Abglanz Deines Glanzes auch ein bißchen in der Welt zu scheinen... Es ist indessen gut und läblich von Dir, Dich jedes Mittels, das Dir entgegenkommt, zu bedienen, um Gutes zu bewirken. Aber was soll die Gesellschaft mir und ich in der Gesellschaft?...<sup>124)</sup> Meyer wurde, trotzdem er nicht an der Versammlung teilnahm, von einem anwesenden Freunde als Mitglied vorgeschlagen, scheint sich aber in der Folge nicht aktiv beteiligt zu haben.<sup>125)</sup>

Im Jahre 1809, nachdem schon der bedauerliche Zwist unter der Lehrerschaft der Anstalt ausgebrochen war, ersuchte Pestalozzi die Tagsatzung in einer ausführlichen Bittschrift um Bestellung einer Kommission zur Untersuchung seiner Anstalt. Landammann d'Affry ernannte den

---

<sup>124)</sup> 12. Okt. 1808.

<sup>125)</sup> „Verhandlungen der Schweiz. Gesellsch. d. Erziehung. Bd. I. 1812. Usteri an Meyer, 26. Nov. 1808.

Basler Merian, Pater Grégoire Girard und Prof. Trechsel in Bern. Meyer war mit dieser Zusammensetzung nicht einverstanden. „Die Pestalozzi-Kommission ist gegen alle Erwartung boshaft, aber auch schlecht genug ausgefallen. Es tut mir wahrlich leid für Pestalozzi, mehr aber noch für die Würde des Landammann[s]... Eine Sache, die an sich selbst wichtig ist und die Aufmerksamkeit der einsichtsvollsten Männer und Regierungen auf sich zieht, hätte doch wohl verdient, von den Angesehensten und Weisesten des Landes geprüft zu werden“, schrieb er an Usteri.<sup>126)</sup> Der Expertenbericht sprach sich unter dem Eindruck der dortigen Parteiungen über die Anstalt nicht günstig aus. Meyer sah die öffentliche Polemik, die nun für und wider Pestalozzi mit aller Schärfe einsetzte, im Interesse von Pestalozzis Ideen nicht gern. „Ich äußerte schon vor ein paar Jahren meinen Wunsch an Pestalozzi, daß man alle polemische[n] Streitigkeiten vermeiden und bloß Tatsachen dem Publikum mitteilen sollte“, schrieb er Usteri. Als Hauptschuldigen betrachtete er Pfarrer Niederer, Pestalozzis wichtigsten Mitarbeiter, anerkannte aber auch, daß die Experten sich „sehr erbärmlich“ benommen haben.<sup>127)</sup> Trotz der mißlichen ökonomischen Verhältnisse seiner Anstalt verzweifelte Pestalozzi nicht. Er wünschte eine neue Untersuchung und nannte als Experten besonders Rengger, Stapfer und Meyer.<sup>128)</sup>

Dieser aber wandte sich unter dem Eindruck der gehässigen Streitigkeiten in Pestalozzis Anstalt immer mehr

<sup>126)</sup> 29. Nov. 1809. Pestalozzi hatte zu den Ernannten auch kein Zutrauen. P. Girard erklärte offen, daß das Institut seine Berühmtheit nicht verdiene. Morf IV 201.

<sup>127)</sup> 16. Okt. 1811.

<sup>128)</sup> Usteri an Meyer, 18. Dez. 1811. Meyer an Usteri, 21. Dez.: „Wenn Pestalozzi mir einige Achtung bezeugt, so habe ich allerdings Ursache, dadurch geschmeichelt zu sein. Aber er dürfte in seiner Freundschaft zu weit gehen, wenn er glauben machen wollte, daß ich ein kompetenter Richter in Sachen der Pädagogie sein könnte...“

Fellenberg, dem glücklichen Organisator, zu.<sup>129)</sup> Immerhin blieb er auch künftig mit Pestalozzi in freundschaftlicher Verbindung. Er riet ihm 1817, sich mit Fellenberg im Interesse der guten Sache zu verständigen und bat ihn um genauen Aufschluß über den Streit mit diesem. Pestalozzi gab ihm eine ausführliche Darstellung seines gescheiterten Abkommens und des neuen Bruchs mit Fellenberg.<sup>130)</sup> Als der große Erzieher am 17. Februar 1827 starb — zwei Jahre nach seinem Auszug aus dem entvölkerten Schloß Yverdon — schrieb Meyer: „Meine Tränen floßen bei der Nachricht von Pestalozzis Tod. Die Zeit wird viele Schwächen, die der Menschheit ankleben, vergessen machen, und in anderm wird er sich selbst überleben. Wohl ist es wahr: nemo ante obitum beatus, aber auch der Moment des Hinscheidens ist wichtig, und wäre Pestalozzi vor ein paar Jahren gestorben, so wäre vieles ungetrübt geblieben, was jetzt so widrig auf ihn zurückwirkt.“<sup>131)</sup>

Aktiver als für Pestalozzis Anstalt wirkte Meyer für die Unternehmungen seines Berner Freundes Phil. Emanuel Fellenberg, obwohl er erkannte, daß dieser in

---

<sup>129)</sup> An Usteri, 13. Jan. 1813: „Ich habe seither Niederer und Pestalozzi gegen Brexi gelesen. Es sind  $\frac{4}{5}$  Worte zu viel, unter denen  $\frac{1}{5}$  überflüssig und  $\frac{3}{5}$  unter der Würde eines sich achtenden Schriftstellers sind. Brexi verdient allerdings behandelt zu werden, wie er es wird...“ — Usteri an ihn, 17. Jan., im gleichen Sinne. — Niederer schrieb am 23. Okt. 1813 an Staatsschreiber Amrhy: „Meyer von Schauensee soll sehr von der Armenschule ergriffen sein und von Fellenberg.“ K. B. L. Korr. J. K. Amrhy.

<sup>130)</sup> Morf IV 589 ff. Dort der Wortlaut des Briefes Pestalozzis vom 20. Dez. 1817. Er schrieb u. a.: „Freund! Man hat mir im Vaterland das Schwere meines Lebensganges nicht erleichtert; doch bin ich noch nicht tot. Ich suchte Liebe und fand im Vaterland keine, wenigstens keine öffentlich sichtbare und hörbare. Hie und da grüßt mich noch ein alter Schweizerfreund in einem Winkel, wo es niemand sieht... Lebe wohl, und wenn Du weiter etwas von mir hörst, von dem Du glaubest, es sei nicht recht, so sag' es mir und behalte ein Ohr für die Verantwortung desselben offen.“

<sup>131)</sup> 13. März 1827 an Usteri.

manchem nur Pestalozzis Ideen mit größeren Mitteln realisierte.<sup>132)</sup> Die Beziehungen beider wurden wahrscheinlich anlässlich einer Versammlung der Helvetischen Gesellschaft auf dem Boden der gemeinsamen Begeisterung für die Aufklärungsideen und ihre Verwirklichung durch die französische Revolution geknüpft.<sup>133)</sup> Die ersten Briefe Fellenbergs im Jahre 1794 besprachen namentlich die politische Situation in Graubünden, wo es sich anlässlich der Kämpfe der Franzosen im Norden um die Befreiung der Untertanengebiete handelte.<sup>134)</sup>

Im November 1794 wurde für Fellenberg die schon vorher projektierte Reise in Finanzsachen nach Paris dringend nötig. Meyer folgte seiner Einladung und reiste mit. Während aber Fellenberg — nachdem er mit Meyer

<sup>132)</sup> 28. Okt. 1812 an Usteri. — Vergl. über Fellenberg kurz zusammenfassend das Hist.-Biogr. Lexikon der Schweiz; Schöni: „Der Stifter von Hofwil“, 1871.

<sup>133)</sup> 39 Briefe Fellenbergs an Meyer von 1794 bis 1797 im F.-A. Meyer, die mir nach der Veröffentlichung des ersten Teils dieser Biographie durch die Güte der Herren Fritz Meyer von Schauensee und Sachwalter Jos. Segesser zugänglich wurden.

<sup>134)</sup> 9. Okt. 1794. Fellenberg schrieb er: „Si les Grisons s'attachent aux bons principes et les suivent à l'égard de leurs sujets, ils ne manqueront pas de trouver beaucoup de partisans parmi les voisins de ces derniers: les Milanais, les habitants des états de Venise et ceux du Tirol... Qu'en résulterait-il? Je pense l'établissement d'une république assez forte pour se maintenir indépendante et p[eut]ê[tre] pour forcer à une paix générale la Coalition, en donnant le coup mortel à la maison d'Autriche... Et la Suisse n'en risquerait rien, vu que les Cantons démocratiques forment de ce côté-là de sûrs remparts pour nous. Mais en nous voyant entourés de républiques, fondées sur les bons principes et organisées suivant cela, nous trouverions dans une crainte salutaire le remède de nos maux politiques avec les meilleurs préservatifs de révolutions violentes...“ Fellenberg stand diesbezüglich auch mit dem späteren helv. Direktor Alphons Pfyffer in Verbindung. — Der nächste Brief vom 28. Okt. 1794 verdankte die guten Gedanken Meyers über die Angelegenheit. Er riet zur Vorsicht, damit sie selbst und ihre Freunde nicht kompromittiert werden.

eine herzliche Freundschaft geschlossen hatte — schon im Januar wieder heimkehrte, blieb dieser bis im April 1795 dort.<sup>135)</sup> In diesem Jahre traten sich die beiden Männer dadurch noch näher, daß Fellenberg durch die Vermittlung seiner Schwester und Alphons Pfyffers dem Freunde die künftige Gattin gewann.<sup>136)</sup> — Vor der helvetischen Revolution erhielt Meyer von ihm manche wertvolle Nachricht über die immer bedrohlichere politische Lage und die Maßnahmens Berns.

Nach kurzer Tätigkeit als helvetischer Gesandtschaftssekretär in Paris baute Fellenberg seit 1799 sein neues Gut Hofwil allmählich zur berühmten Anstalt aus. Meyer stand anfänglich diesen kühnen Plänen skeptisch gegenüber und kritisierte auch später manches an Fellen-

---

<sup>135)</sup> Fellenberg an Meyer, 8. Nov. 1794: „Je viendrai vous prendre à Lucerne. Je dois y parler au Chanoine Mohr... Nous craignons toujours plus pour les subsistances.“ Paris, Jan. 1795. — Am 3. Febr. 1795 berichtete er Meyer über seine Beobachtungen auf der Rückreise und bat ihn, dafür zu sorgen, daß auf den Noten, die er Grégoire übergeben hatte, seine Unterschrift ausgestrichen werde. Er schickte Meyer aus seinen Papieren eine Anweisung für das Studium Kants; auch Rengger, Stapfer und Prof. Ith haben Angaben versprochen. Im weitem empfahl er für die Uebersetzung deutsche und schweizerische philosophische, pädagogische und historische Schriften (Moses Mendelssohn, Herder, Ludw. Timotheus Spittler, Joh. Jak. Engel, Campe, Spalding, Sulzer, Zollikofer, Heß usw.). Im folgenden Brief (26. Ventôse l'an 3) versprach er die baldige Uebersendung von Renggers und Stapfers Ansichten über die Einrichtung einer internationalen Korrespondenz mit Frankreich und Notizen über Bücher. Man müsse für die Bücher- und Manuscriptsendungen nach Paris einen sicheren Weg haben. — Besonders empfahl er Meyer die Interessen Pestalozzis, der sein neues Werk dem Nationalkonvent gewidmet habe; es müsse in Paris übersetzt werden.

<sup>136)</sup> Die Briefe vom 10. Okt. 1795 an enthalten Ermahnungen, Aufmunterungen und Aufschlüsse in dieser Angelegenheit. Am 20. Oktober schrieb Fellenberg: „Je te promets de faire pour toi dans l'occasion présente, ce que je voudrais que tu fisses pour moi en pareil cas...“ Meyer war ihm dafür sein Leben lang dankbar. (An Usteri, 17. Juni 1812.)

bergs Gebahren und an seinen Einrichtungen.<sup>137)</sup> Doch wurde er in den Mediationsjahren ein warmer Freund und Befürworter seines Werkes. Der Hofwiler Pädagoge wandte sich im Jahre 1808 an den schweiz. Landammann Rüttimann und ersuchte um Untersuchung seiner Anstalt durch Experten der Tagsatzung. Meyer verwandte sich für ihn bei seinem zurückhaltenden Schwager. Er schrieb damals: „Fellenberg ist ein zu edler Mensch, als daß man nicht das Möglichste tun sollte, ihn entweder von seinen eigenen gigantischen Plänen zu retten oder dann ihn aus seiner Verwirrung zu reißen, wenn er sich schon sollte darein gestürzt haben.“<sup>138)</sup> Er glaubte, Fellenberg habe zu früh in die Trompete geblasen; nur eine mehrjährige Erfahrung könne die Güte der Theorie bewähren.<sup>139)</sup> Auch die Vielgestaltigkeit der Hofwiler Anstalt kritisierte er; Fellenberg stehe zwischen der Anstalt für die höhern Stände und der Armenschule „wie der Esel des Diogenes zwischen Haber und Heu“ und wisse nicht, ob er den Humanitätsgefühlen nachgeben oder wieder eine Scheidewand aufrichten solle, die die Aufklärung auf immer niedergerissen habe.<sup>140)</sup>

Fellenberg aber wünschte, Meyer möchte sich als Kommissär für Hofwil wählen lassen, und Usteri ermun-

<sup>137)</sup> An Usteri, 2., 15. März 1808: „Es würde mir wahrlich sehr leid für ihn tun, wenn er nicht lernen sollte, das Wirkliche vor dem Idealen zu unterscheiden.“ Fellenberg versicherte ihn damals, seine Sache gehe über Erwarten gut. — Die Korrespondenz aus diesen Jahren scheint nicht mehr erhalten zu sein.

<sup>138)</sup> An Usteri, 15., 18. März, 8., 23. April 1808. Usteri an ihn 24. Febr. 1808. Vergl. Zeitschrift f. Schweiz. Gesch. III 301 f.

<sup>139)</sup> An Usteri, 3., 14. Mai 1808. — Fellenberg dachte damals kurze Zeit daran, auf Einladung einiger Luzerner Ratsmitglieder sein ganzes Unternehmen nach St. Urban zu verpflanzen, wo der Abt durch die Regierung abgesetzt und der finanzielle Zustand des Klosters untersucht worden war. Usteri redete ihm den Plan aus. (Usteri an Meyer, 21. Juli 1809. Meyer an Usteri, 19. Aug.: Es gehe das Gerücht, die Regierung wolle das Kloster aufheben.)

<sup>140)</sup> 22. Okt. 1811 an Usteri.

terte ihn dazu. So wurde er Suppleant der ständigen Aufsichtskommission und wirkte fortan noch eifriger dafür, daß seines Freundes Bestrebungen und Erfolge bekannt wurden.<sup>141)</sup> Seit dem Tode seiner Frau hatte er seinen Knaben Xaver unter Fellenbergs Obhut gegeben und besuchte nun das Institut wiederholt.<sup>142)</sup> So lernte er Fellenbergs Absichten besser kennen und in ihrer Verwirklichung würdigen. „Sie sind äußerst edel, groß und umfassend“, schrieb er nun. „Ich habe vieles anderst gefunden als ich mir vorstellte, und das mehrste übertraf meine Erwartung. Meine Unterredung mit ihm berichtigte auch frühere Urteile, zu denen mich einige seiner öffentlichen Aeußerungen und Schritte veranlaßten, die seinem Bestreben nach Celebrität und dem Trieb nach Außerordentlichem eher zuzuschreiben sind... Meine Achtung für Fellenberg vermehrte sich noch durch den hohen Sinn und die unausgesetzte Anstrengung, die ihn für das Beste unseres Vaterlandes und [für] Menschenwohl beseelen.“<sup>143)</sup>

Nachdem er bei einem zweiten dreitägigen Aufenthalt in Hofwil besonders das Institut für höhere Stände studiert hatte, faßte er seine Eindrücke in einem ausführlichen Berichte an Usteri zusammen. Dieser ließ die Darstellung anonym in Cottas angesehenem „Morgenblatt für gebildete Stände“ in Tübingen erscheinen.<sup>144)</sup>

<sup>141)</sup> Usteri an Meyer, 5. Februar 1812. Fellenberg an Rengger, 7. Okt. 1812: „Am liebsten wäre es mir gewesen, sie [die Kommission] aus Dir, Stapfer und Meyer von Schauensee komponiert zu sehen.“ Aus Opportunitätsgründen schlug er aber die Vorsteher des Armenwesens in Bern, Freiburg und Aargau vor. — F. Wydler, Leben und Briefwechsel von Albr. Rengger, I. 146.

<sup>142)</sup> Fellenberg hatte im Kondolenzbrief gewünscht, daß ihm Meyer den Knaben überlasse. (Meyer an Usteri, 30. Mai 1812.)

<sup>143)</sup> An Usteri, 29. Juli 1812. Meyer traf in Hofwil seinen alten Freund Stapfer. („Stapfer und ich lagen einander lange in den Armen. Er verstand meine und ich seine Gefühle...“) Im September weilte Meyer wieder drei Tage dort.

<sup>144)</sup> Nr. 256, 24. Okt. 1812. „Hofwil. Aus den Briefen eines Reisenden im Herbstmonat 1812.“ — Meyer an Usteri, 25. Sept.,

Meyer rühmte da die Ernährung, die Reinlichkeit, den Wechsel von Studium und Erholung, die gymnastischen Uebungen und Spiele im Freien, das familiäre Verhältnis von Freiheit und Unterordnung. Auch die anregende Unterrichtsmethode lobte er; das Tändelnde und Spielende der Basedowschen Elementarschule sei ebensosehr vermieden, wie das Pedantische und Schwerfällige der alten Schule. Der Lehrerschaft stellte er uneingeschränktes Lob aus. Weil damals eine Untersuchung des Instituts durch das französische Innenministerium angeregt worden war, sagte der Berichterstatter: „Ich dächte, es wäre besser, ruhig, geräuschlos und stille den Acker zu bearbeiten und durch die Früchte, welche die Sache hinlänglich werden bekannt machen, den vollgültigen Beweis zu führen, der keines Zeugnisses von Kommissarien bedarf, die dann aber wohl hinkommen mögen, um zu sehen, wie der Acker gepflügt werden soll.“ Da Fellenberg in seinem Institut nicht bloß eine ephemere Erscheinung sehe, mögen alle Freunde der Erziehung ihn mit Rat und Hülfe fördern.

Die schriftliche Fassung seiner Ansichten für eine große Oeffentlichkeit fiel Meyer allerdings sehr schwer. Die Furcht, etwas Unvollkommenes und Oberflächliches zu veröffentlichen, Unrichtiges zu sagen oder Wesentliches auszulassen, veranlaßte wiederholte Umarbeitungen.<sup>145)</sup> — Als er aber im Herbst 1813 der Untersuchungs-

---

Usteri an ihn 17. Nov. 1812. — Zu den Mitarbeitern des „Morgenblatt“ gehörten bekannte Schriftsteller: Varnhagen von Ense, Friedr. von Matthisson, Jean Paul, Kotzebue, Justinus Kerner, Pfeffel, J. G. Zimmermann usw. Wiederholt brachte das Blatt auch kleine nicht-politische Korrespondenzen aus Luzern, die zum Teil aus Meyers Feder stammen können.

<sup>145)</sup> An Usteri, 7. Nov. 1812. Usteri an ihn, 14. Febr. 1813: „Und wie geht es dem Aufsatz über Hofwil? ... Sie sind der Menschen einer, dem man die Bogen unter der Feder wegnehmen muß, wie den (sit venia verbo) Hühnern die Eier, wann sie solche nicht selbst auffressen sollen. Sie sollten mir die Ihrigen, mein Lieber, jedesmal ungesäumt senden, sonst sind Sie gegen sich selbst immer ungerecht...“ Meyer an Usteri, 4., 12. Mai 1813.

kommission in Hofwil beigeordnet war, wurden seine Ansichten so gefestigt, daß wieder ein größerer Aufsatz über die ganze Anstalt zustande kam. Usteri ließ ihn wiederum im „Morgenblatt“ erscheinen.<sup>146)</sup> Meyer schrieb u. a. über die landwirtschaftliche Schule: „Herr von Fellenberg hat das Verdienst, den unverwerflichsten Beweis der großen Hülfsquellen, welche die Schweiz in ihrem noch lange nicht gehörig benützten Ackerbau besitzt, gegeben zu haben und die Aufmerksamkeit auf dieselben gerade in einem Zeitpunkt zu richten, der besonders geeignet ist, die Wichtigkeit dieser Nationalangelegenheit fühlbar zu machen; denn das Stocken der Fabrikation — erzeugt durch die uns umgebenden Hemmungen der Ausfuhr ihrer Produkte und begleitet von der Verarmung und Brotlosigkeit so vieler Menschen — belehrt uns, daß in vielen Gegenden ein Mißverhältnis zwischen der Landwirtschaft und der Fabrikation und durch diese auch an einigen Orten ein Mißverhältnis der Bevölkerung entstanden, welches einer Berichtigung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts bedarf.“ Die Erfahrung müsse lehren, daß man die eigenen Hülfsquellen möglichst steigere. Der Früchtewechsel und die vervollkommenen Ackergerätschaften haben sich bewährt. Fellenberg ernähre auf 3—400 Jucharten 168 Personen und beiläufig 100 Stück Vieh. Auch die Erziehungsanstalt für höhere Stände scheine der Vollkommenheit immer näher zu rücken. Sie habe Vorzüge, „die ihr wenige Lyzeen streitig machen möchten.“

Der politische Umschwung und der Wiedereintritt in den Staatsdienst bewirkten seit 1814, daß Meyer sich mit Hofwil weniger mehr beschäftigen konnte. Er blieb aber auch durch seinen Sohn, der bis 1820 dort erzogen wurde,

---

<sup>146)</sup> An Usteri, 27. Sept., 17. Nov. 1813. Usteri an ihn, 2. Okt.: „Hätten Sie nicht Lust, einige Reiseerinnerungen von Hofwil fürs Morgenblatt aufzusetzen, wie deren dort auch schon etliche von Ihnen stehen?...“ — „Morgenblatt für gebildete Stände“ 1813, Nr. 290, 291, 4. und 6. Dez., unterzeichnet: M[eyer].

mit Fellenberg in freundschaftlicher Beziehung.<sup>147)</sup> Wiederholt besuchte er auch in den folgenden Jahren die Anstalt, beobachtete, las und kritisierte. — Sein reges Interesse für Erziehungsfragen zeigte er während seiner staatsmännischen Laufbahn noch oft.<sup>148)</sup>

---

<sup>147)</sup> Am 23. (?) Nov. 1815 z. B. schrieb ihm Fellenberg wegen der Einführung des katholischen Gottesdienstes, gegen die der Bischof von Freiburg Bedenken hatte, „Trage doch das Deinige dazu bei, lieber Freund, um dem Skandal ein Ende zu machen“, bat er. — F.-A. Meyer.

<sup>148)</sup> So bei der Troxleraffäre und Reform des Gymnasiums, als Vizepräsident des Erziehungsrates und durch die Begünstigung Pater Girards. — Am 28. Sept. 1828 äußerte er sich Usteri gegenüber — mit Bezug auf den neuen Liberalismus —, „daß Unterricht ohne Erziehung, ohne Achtung für soziale Verhältnisse, ohne Religiösität nur ein Mittel sei, die Leute gewandter, verschmitzter und schlechter zu machen.“